Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 169. Dienstag, den 23. Juli 1907. 14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Vom amerikanischen Sozialismus.

C Eine Erscheinung, die wir deutschen Sozialdemokraten nur schwer verstehen, obwohl sie in mehr als einem der anderen Länder existiert, ist die Spaltung der sozialistischen Parteien. Allerdings, wir sind auch einmal gespalten gewesen. Aber das ist schon so lange her, daß die jetzt lebende Generation nur aus Büchern davon weiß. Und nach der ganzen Entwicklung, welche der Sozialismus bei uns in Deutschland seitdem genommen hat und die mit mächtiger Gewalt auf den Zusammenschluß aller Kräfte hindrängte, können wir uns im Grunde die Spaltungen, die in anderen Ländern bis auf den heutigen Tag bestehen, nicht erklären. Die beständigen inneren Reibungen der Franzosen, der Russen, der Amerikaner, dieser oft recht heftige Kampf unter einander, das Aufstellen von Doppelkandidaturen 2c., das alles sind Dinge, die uns bei unseren deutschen Zuständen letzten Endes unfaßbar geblieben sind.

Was nun speziell den amerikanischen Sozialismus anbetrifft, so kommt zu diesem ersten Rätsel ein zweites hinzu. Amerika (d. h. die Vereinigten Staaten von Nordamerika) ist zweifellos das Land der riesenhaftesten kapitalistischen Entwicklung. Schon 1906 teilte der bekannte Professor Sombart mit:

„An Kapitalkraft, an Höhe der Kapitalakkumulation stehen die Vereinigten-Staaten heute schon — trotz ihrer „Jugend" — allen anderen Ländern weit voran . . . Im Jahre 1882 berichteten an den Controller of the currency 7302 Banken, 1904 waren es deren 18 844. Jene hatten ein Kapital von 712 100 000 Dollars, diese ein solches von 1 473 904 674 Dollars. Im Jahre 1882 bezifferten sich die Depositen in den Banken auf 2 785 407 000 Doll., 1904 auf 10 448 545 990 Doll. Die gesamte Kapitalkraft der Vereinigten Staaten (also Kapital, Reserven, Depositen und Umlauf) berechnet derselbe Berichterstatter auf 13 826 000 000 Dollars, während die entsprechende Ziffer für alle übrigen Länder der Erde zusammen nur 19 781 000 000 Doll. betragen soll." *)

Aber nicht nur die ungeheuersten Kapitalmassen besitzt die Union, sondern sie sind dort auch am weitesten vorgeschritten in der Konzentration, in der Vereinigung riesenhafter Werte in einer oder in wenigen Händen, wie man in dem Sombartschen Buch nachlesen kann.

Seither hat nun diese Entwickelung keineswegs stillgestanden. Im Gegenteil, sie scheint sich gerade in den letzten Jahren beschleunigt zu haben. Soeben hat das Internationale Sozialistische Bureau zu Brüssel die Berichte veröffentlicht, welche von den Sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder dem Stuttgarter Kongreß vorgelegt werden sollen.**) Darin teilt die „Sozialistische Partei" der Vereinigten Staaten (es gibt dort außerdem noch eine „Sozialistische Arbeitspartei") mit, daß das in den großen Industrien angelegte Kapital sich in der Zeit von 1900 bis 1905 von 9 Milliarden auf 12,7 Milliarden Doll. (d. h. von 36 Milliarden auf 50 Milliarden Mark) vermehrt hat, während die Zahl der großen industriellen Betriebe stationär geblieben ist. „Der Wert der Jahresproduktion dieser Betriebe ist in derselben Zeit von 11½ Milliarden auf etwa 15 Milliarden Doll. (von 46 auf 60 Milliarden Mark) gestiegen, und die Zahl der beschäftigten Lohnarbeiter von 4 715 000 auf 5 470 000." Dabei haben im Jahre 1904 nur 11,2 Proz. der Betriebe volle 81,5 Proz. aller Produkte geliefert, und volle 38 Prozent vom Totalwert wurden von nur 1900 Betrieben produziert, d. h. von weniger als 1 Prozent der Gesamtheit!

Man sollte nun meinen, daß eine so kolossale, äußere wie innere, Entwicklung des Kapitalismus ihre Kehrseite in einer ebenso starken Entwicklung der Sozialdemokratie finden müßte. Das ist aber leider keineswegs der Fall. Wir erfahren weiter aus dem Bericht, daß im Jahre 1904 bei der Präsidentenwahl die Verhältnisse aus verschiedenen Anlässen außerordentlich günstig für den Sozialismus lagen. Trotzdem erhielt die Partei — bei einer Bevölkerung von 80 Millionen und bei freiestem allgemeinen Wahlrecht — nicht mehr als 408 320 Stimmen. Die „Sozialistische Arbeitspartei" gar nur 33 536! Und das war der höchste Stand, den die beiden Parteien bisher je erreicht hatten. Bei den Wahlen von 1906 sanken sie alsbald wieder auf 330 158 bezw. 24 280 herab.

Es kann unseres Erachtens nichts helfen, sich angesichts solcher Tatsachen irgendwelchen Illusionen hinzugeben, sondern man wird zugeben müssen, daß die Sozialdemokratie heutzutage in den Vereinigten Staaten eine respektable Macht noch nicht darstellt. Ein Schluß, der vor allen anderen Mitteilungen des Berichts leider nachdrücklich bestätigt wird.

Es gibt drüben eine sehr starke Gewerkschaftsbewegung. Die American Federation of Labor (der Amerikanische Arbeitsbund) zählt 2 Millionen Mitglieder, wovon in den letzten 3 Jahren allein ½ Million gewonnen wurde. Aber dieser Bund lehnt vorläufig noch den sozialdemokratischen Standpunkt ab. Als er im Jahre 1906 die bis dahin beobachtete politische Neutralität aufgab und sich an den Wahlen zur Repräsentantenkammer beteiligte, unterstützte er nicht die Kandidaten der Arbeiterparteien, stellte auch keine eigenen Kandidaten auf, sondern hielt sich vollständig an die Kandidaten der beiden alten bürgerlichen Parteien, die er hier bekämpfte, dort unterstützte, je nachdem sie persönlich den Arbeitern freundlich oder unfreundlich gesinnt waren. Die ganze Haltung des Bundes gab einigen Sozialisten — darunter dem Präsidentschafts-Kandidaten Debs — Veranlassung zu dem Versuch, eine auf sozialdemokratischem Boden stehende Konkurrenzorganisation zu gründen, die „Industrial Workers of the World" („Industriearbeiter der Welt"). Das war im Januar 1905. Man arbeitete ein Manifest aus und berief zum 27. Juni 1905 einen Kongreß ein. Was man damit für Erfolge erzielte, zeigen folgende Spalten des Berichts (S. 28):

„Von 212 Delegierten, die am Kongreß teilnahmen, vertraten 5 den „Bergarbeiterbund des Westens" mit 27 000 Mitgliedern, 7 vertraten die „Amerikanische Arbeitsunion", einen Bund verwandter Gewerkschaften, fast alle im fernen Westen, mit 16 780 Mitgliedern, und 2 Delegierte vertraten die „Vereinigte Internationale Metallarbeiter-Union" mit 3000 Mitgliedern. Alle diese Organisationen gehörten dem „Amerikanischen Arbeitsbund" nicht an. Die meisten anderen Delegierten vertraten kleine lokale Organisationen, und etwa 60 Delegierte vertraten nur ihre eigenen Personen."

Offenbar war das nicht sehr ermutigend. Trotzdem arbeitete man eine Organisation aus, die sich über das ganze Land erstrecken sollte. Aber nach einem Jahre wurde jeder weitere Fortschritt durch innere Zwistigkeiten unterbunden. Man schleppte den Streit sogar vor die Gerichte, d. h. wohlverstanden vor die Zivilgerichte, und rief deren Entscheidung an über die Gültigkeit von Kongreßbeschlüssen!

Diesem Zustand entspricht denn auch der Stand des wichtigsten Kampfmittels der Arbeiterbewegung, nämlich die Presse. Freilich ist seit ein paar Jahren auch hier ein schöner Fortschritt zu verzeichnen, indem die Zahl der ausgesprochen sozialistischen Organe in den Vereinigten Staaten von 30 im Jahre 1903 auf 50 im Jahre 1906 stieg. Aber was sind 50 Organe für ein so riesiges Gebiet, wie das der Vereinigten Staaten. Überdies sind das nicht etwa täglich erscheinende Zeitungen. Es wird berichtet (S. 13):

„Mehr als die Hälfte davon erscheinen periodisch in englischer Sprache, und zwar 3 monatlich und der Rest wöchentlich; 23 sind in fremden Sprachen geschrieben, nämlich: 8 deutsche (darunter 2 täglich erscheinende), 4 in jüdischem Jargon (1 Monatsrevüe, 1 Wochenrevüe und 2 Tageszeitungen), 2 finnisch, je 1 französisch, italienisch, tschechisch, polnisch, ungarisch, lettisch, littauisch, slavisch und schwedisch."

In dieser Aufzählung findet sich also noch kein einziges täglich erscheinendes Organ in englischer Sprache! Und in der Tat, wir erfahren weiter, daß ein solches erst seit vorigem Herbst in Chicago erscheint, und daß je ein weiteres in New-York und in Kalifornien in Vorbereitung ist. Also selbst in den gewaltigsten Industriestädten des gewaltigen Landes ist es der Partei bisher noch nicht möglich gewesen, ein täglich erscheinendes Blatt in der Landessprache zu unterhalten.

Was nun endlich die Stärke der Partei selbst betrifft, so bestand sie Ende 1903 aus ungefähr 1200 lokalen Vereinen mit rund 20 000 eingeschriebenen zahlenden Mitgliedern. Ende 1906 hatte sie etwa 1900 lokale Vereine mit über 35 000 Mitgliedern. Das ist gewiß ein sehr erfreulicher Fortschritt, der ebenso wie das Wachstum der Presse zu schönen Hoffnungen berechtigt. Aber die Zahlen bestätigen doch, was wir oben sagten: eine Partei von 35 000 Mitgliedern stellt in einem demokratischen Lande von 80 Millionen noch keine respektable Macht dar.

Selbstverständlich wollen wir damit gegen unsere amerikanischen Genossen keine Vorwürfe erheben. Wissen wir doch von hier aus nicht einmal die Ursachen solcher Zustände abzuschätzen. Nur glauben wir, es taugt zu nichts, sich solche Dinge in rosigem Licht vorzustellen. Das beste für unsere Sache war noch immer: aussprechen das, was ist.

*) Sombart. „Warum gibt es in den Vereinigt. Staaten keinen Sozialismus?" S. 10—11.

**) Vorläufig ist der erste Band erschienen (in französischer Sprache), der zweite, Schlußband, soll bald folgen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das internationale Kaffeekränzchen.

Seit Wochen sitzen die Vertreter der europäischen, amerikanischen und asiatischen Mächte im Haag beim gemütlichen Schwätzchen zusammen — man heißt's Friedenskonferenz. Aber wenn nicht ab und zu der holde Friede und die süße Eintracht unter den Delegieten selbst dadurch gestört würde, daß sich ihrer zwei, wie dieser Tage die Russen Nelidoff und Martens, die Friedenspfeife unsanft um die Köpfe schlügen, nähme niemand von dem Kaffeekränzchen Notiz und Dornröschenschlummer würde den Sitzungssaal vollends einspinnen. Von vornherein ist ja alles davon überzeugt, daß das Endergebnis der vielen schönen Verhandlungen nicht die Telegrammgebühren wert sein wird, die die Diplomaten und Korrespondenten tagtäglich verpulvern.

Und mit Recht! Nie war eine internationale Farce in ihrem Ganzen und in ihren Einzelheiten farcenhafter als diese sogenannte Friedenskonferenz, die erste wie die zweite. Eine verzerrtere Karikatur schon konnte die Einleitung nicht sein, als damit, daß just der gefährliche Narr in Petersburg, der die Krone der Romanows nur mehr höchst unvollkommen auf seinem Gottesgnadenschädel balanziert, der Einberufer war und gleich darauf nicht allein auf den Ebenen der Mandschurei und im Gelben Meer Hekatomben hinschlachten ließ, sondern auch knietief in das Blut der eigenen Landeskinder hineinwatete. Als dann die Konferenz zusammentrat, und am ersten Tage ein ehrfurchtsvolles Telegramm an das Väterchen der ganzen Bewegung absandte, traf am folgenden Tage prompt die Antwort Väterchens ein und die lautete: Dumaauflösung: Neue Greuel und Schrecken! Neues Blutvergießen! Am niedlichsten aber ist, daß während die Musikanten des Friedenskonzertes lustig darauflos fiedeln und flöten, in Newyork wie in Tokio ein scharfer Wind zu wehen beginnt, von dem man nicht weiß, ob er sich nicht zu einem Sturm entwickelt, der den stillen Ozean bis in seine Grundtiefen aufwühlen dürfte.

Der Name Friedenskonferenz schon ist ein Unding, denn es handelt sich in Wirklichkeit gar nicht um eine Abschaffung des Massenmordes, sondern sozusagen um eine Zivilisierung des Massenmordes. Der englische Abrüstungsvorschlag, der heute in einer Plenarsitzung verhandelt werden sollte, ist um eine Woche vertagt worden; man hätte ihn auch gleich in den Papierkorb versenken können, denn von seiner Aussichtslosigkeit sind selbst die Antragsteller schon fest durchdrungen. Was wird also übrig bleiben? Die platonische Resolution über einen Schiedsgerichtshof, um den sich im Ernstfalle niemand kümmern wird, und ein Dutzend sonstiger Resolutionen und papierner Beschlüsse, die der erste Granatschuß in Atome zerfetzt.

Die Elemente in der bürgerlichen Welt, die von Anfang an die von den Mächten unternommene internationale Friedensbewegung mit mitleidigem Spott bedeckt haben, sind also jedenfalls ehrlicher und weitsichtiger als die Suttnerschwärmer, die da wähnen, die Friedensidee sei wirklich auf dem Marsch. Der Krieg läßt sich mit idealen und ideologischen Kinkerlitzchen nicht eindämmen, geschweige beseitigen, denn für die kapitalistische Gesellschaft ist er eine Art Naturgesetz. Namentlich für die kapitalistische Gesellschaft, die durch die Errichtung von Schutzzollmauern die Entfaltung ihrer Produktion in widersinniger Weise stört und künstlich das sich bildende internationale Produktionsgebiet in nationale Produktionsgebiete zerstückelt, die auf der Fahndung nach neuen Absatzplätzen zusammenprallen müssen. Die internationalen Tendenzen aber, die der Kapitalismus erzeugt und die ihre ideologische Wiederspiegelung eben in der bürgerlichen Friedensbewegung finden, können nur vom Gegenpol des Kapitalismus zum Siege geleitet werden: dem Sozialismus.

Mag man deshalb im Interesse eines komödienhaften Endeffekts für die Haager Komödie bedauern, daß die Diplomaten nicht ängstlich und bestürzt vor dem Donner amerikanischer und japanischer Geschütze auseinanderstieben, im Interesse der Kultur kann man es nur freudig begrüßen, daß das unfruchtbare internationale Kaffeekränzchen von dem Stuttgarter Kongreß der Proletarier aller Länder abgelöst wird, der — Antimilitarismus und Kolonialpolitik stehen auf seiner Tagesordnung — ganz andere positive Friedensarbeit leisten wird als das Friedensspiel im Haag.

Zentrum und Preußenwahlrecht.

Das Zentrum nimmt der preußischen Wahlrechtsfrage gegenüber eine Haltung ein, die schärfste Brandmarkung verdient. Eins der führenden Zentrumsblätter, die „Köln. Volksztg." erklärte kürzlich, daß das Zentrum sich um das Influßbringen der Frage der preußischen Wahlreform nicht weniger bemüht habe, als der Frei-

finn, daß ihm am Aufrollen dieses wichtigsten Problems der preußisch-deutschen Politik folglich mindestens derselbe Anteil zukäme. Das sollte nun nicht etwa Ironie, sondern ein ganz ernstlich gemeintes Selbstlob sein. Umso unbegreiflicher ist es, daß das Zentrum trotz des wütenden Scharfmachergeheuls der konservativen Presse nicht das mindeste unternimmt, um auch seinerseits die Wahlrechtsreform zu sichern und das neue Wahlrecht vor allen Dingen so zu gestalten, daß es den demokratischen Anforderungen entspricht! Und ein demokratisches Wahlrecht zu erstreben, gibt doch das Zentrum vor! Hat es doch im preußischen Landtage im Anfange dieses Jahres den Antrag Porsch eingebracht, der klipp und klar forderte, daß das Reichstagswahlrecht auch in Preußen eingeführt werde! Es handelt sich danach also nicht etwa um die Befriedigung spezifisch freisinniger oder sozialdemokratischer Forderungen, sondern um die Realisierung eines ureigenen Zentrumsantrages! Das Zentrum hätte also alle Ursache, zu beweisen, daß sein damaliger Antrag mehr war, als ein demagogischer Wahltrick, den es nur stellte, um sich mit dem Nimbus der Volkstümlichkeit zu umgeben.

Gerade die gegenwärtige Situation wäre danach angetan, vom Zentrum zu einem kräftigen Vorstoß gegen die Dreiklassenschmach ausgenutzt zu werden! Denn wenn jetzt das Zentrum seinen Einfluß mit dem des Freisinns vereinte, wäre alle Aussicht, den Widerstand der Konservativen zu brechen. Die Regierung müßte eine durchgreifende Wahlreform zugestehen, da sie sonst im Reiche keine Majorität zustande bekäme!

Denn das Eintreten des Zentrums für die Wahlreform würde dem Freisinn derart das Rückgrat steifen, daß er sich nicht mit einem kleinen Konzessiönchen abspeisen lassen könnte, sondern auf einer wahrhaften Reform bestehen müßte!

Was aber tut das Zentrum? Es kümmert sich nicht im mindesten um die Wahlreform, sondern gaudiert sich im Gegenteil darüber, daß der Freisinn mit den Wahlversprechungen der Regierung wieder einmal geprellt wurde. Aus Schadenfreude über die Verlegenheit der Blockpolitik vergißt das Zentrum völlig, daß der Preis der Blockpolitik in Preußen gerade die Wahlreform ist, die doch das Zentrum selbst gefordert! Man höre nur die hämische Schadenfreude der „Germania“:

„Wie im Reiche, so in Preußen, ja hier bereitet die Blockpolitik der Regierung noch größere Sorgen. Während die Liberalen immer erbitterter die Einlenkung in den Kurs nach links fordern, erklären die Konservativen kühl, die Blockpolitik gehe Preußen nichts an.

Dann ist da vor allem die Frage der Wahlrechtsreform. Die Liberalen geben sich den Anschein, als sehnten sie sich aus tiefstem Herzen nach dieser Reform, und sie müssen das tun, weil sie sich sonst die Anklage zuziehen würden, die liberalen Grundsätze verraten zu haben. Die Konservativen aber denken nicht daran, ein liberales Wahlrecht zu bewilligen. Wiederum bleibt nichts anderes übrig, als die Frage hinauszuschieben. Die Nationalliberalen haben einen Wahlreformantrag im letzten Winter bereits vor Eröffnung der Landtagssession eingebracht. Die Freisinnigen folgten bald nach. Allein zur Beratung hat man die für den Block gefährlichen Dinge gar nicht kommen lassen und heute hat man sich schon an den Gedanken gewöhnt, daß vor den Neuwahlen die Frage nicht ernsthaft in Angriff genommen werde.“

Das leitende Zentrumsorgan entblödet sich also nicht, die Frage der Wahlreform als „liberale“ Forderung zu verhöhnen! Als ob nicht der Antrag Porsch existierte! Das Zentrum denkt also gar nicht daran, in Sachen der preußischen Wahlreform den Freisinn zu unterstützen. Es freut sich über den Widerstand der Reaktion, weil es dabei wiederum für das Zustandekommen des alten konservativ-ultramontanen Blocks hofft!

So verrät das Zentrum aus erbärmlichstem Fraktionsinteresse seine eigensten Forderungen!

Freilich, der Zentrumshohn über die liberale Wahlrechtsheuchelei läßt „tief blicken“. Er verrät die ultramontane Heuchelei, die beim Einbringen des Antrages Porsch obwaltete!

Nieder mit dieser Heuchlersippe, ob sie zum Freisinn, ob sie sich zum Zentrum bekennt!

Nur Klassenbildung

sei es, so meint die bürgerliche Presse im Anschluß an den Aufruf unseres Bildungsausschusses, die die Sozialdemokratie den Arbeitern beizubringen suche. Als ob die herrschende Klasse etwas anderes böte! Die Bildung aber, die die herrschende Klasse durch Schule, Kirche, Kaserne und Kriegervereine den Arbeitern beizubringen sucht, ist erst recht Klassenbildung, aber freilich Bildung im Interesse der herrschenden Klasse. Daß den Arbeiter nur solche Bildung befreien kann, die ihn über die Interessen seiner Klasse aufklärt, ist doch selbstverständlich. Oder lehrt die herrschende Klasse etwa ihre Söhne und Töchter so, daß sie für die Interessen der Arbeiter Verständnis gewinnen?

Am Grabe noch pflanzt er die Hoffnung auf!

Der Freisinn nämlich! Er wartet und wartet unentwegt auf Früchte der liberal-konservativen Paarung, und jede Ohrfeige, die er erhält, läßt er sich lächelnd gefallen — denn die kommt ja doch nur noch vom „alten“ System; unter dem „neuen“ System, das kommen muß, wird es Manna regnen. Jetzt schreibt die alte Tante Voß z. B.:

„Man hatte angenommen, das Interdikt über das Krematorium zu Hagen i. W. sei von dem neuen Kultusminister verhängt worden. Und in wehmütiger Resignation schrieb bereits ein liberales Blatt in der Heimatstadt des Ministers: „Sind das die neuen Taten des neuen Kurses? Wir haben von Anfang an keine Änderung erwartet“. Aber noch liegt kein Grund zu solcher Prognose vor, denn es hat sich herausgestellt, daß nicht die starke Faust eines frischen Ministers, sondern die müde Hand eines scheidenden Mannes diesen Stein dem Gefährt des kulturellen Fortschrittes vor die Räder geschleudert hat. Die Verfügung, welche die Benutzung des Krematoriums „bis auf weiteres“ verbietet, trägt die Unterschrift der Minister v. Studt und v. Bethmann-Hollweg, nicht die des Herrn Dr. Holle.“

Die Probe auf das Exempel wäre nun allerdings sehr leicht. Der Freisinn müßte einfach verlangen, daß „die starke Faust eines frischen Ministers“ sofort beseitige, was „die müde Hand eines scheidenden Mannes“ an Hindernissen aufgebaut. Aber das kann man ja dem neuen Herrn gar nicht ansinnen, denn die selbstverständliche Weigerung würde ja den schönen liberalen Traum zerstören.

Bestialität aus Prinzip.

In Hardens „Zukunft“ verteidigt ein Baron Heinrich von Puttkamer, Generalmajor a. D., in einem, wie die Redaktion bemerkt, vor dem Peters-Prozeß geschriebenen Artikel die Kolonialmethode der Übermenschen. Es wird da erklärt:

„Die ganze Kolonialpolitik basiert darauf, daß wir Europäer den minderwertigen Eingeborenen fremder Erdteile mit roher Gewalt ihr Land abgenommen haben und uns mit Gewalt dort behaupten. ... Wann wird man endlich erkennen, daß wir durch fortgesetztes Ausgraben und Aufbauschen von kleinlichen „Kolonialskandalen“ der gedeihlichen Entwicklung unserer Kolonien nicht nützen, sondern nur schaden, und daß wir durch solche Kolonialpolitik vor dem Auslande, das schadenfroh zusieht, uns nur lächerlich machen? Was schadet es dem gesunden Aufblühen unserer Kolonien, wenn wirklich einmal ein Eingeborener etwas rauh angefaßt wird, wenn nach althergebrachter dortiger Landessitte ein farbiges Mädchen gekauft wird oder wenn ein Offizier oder Beamter unserer Kolonien, der im Dienst des Vaterlandes täglich sein Leben in die Schanze schlägt, nicht mönchisch keusch lebt? Nur heuchlerische Bierstubenphilister machen darüber ein großes Geschrei. In Großbritannien und den Vereinigten Staaten sind ähnliche Dinge einfach undenkbar. Dazu haben unsere angelsächsischen Vettern viel zu praktischen Patriotismus und zu viel commonsense. Beides ist in der öffentlichen Meinung unseres lieben Vaterlandes leider noch oft zu vermissen. Möge es in der neuen Zeit, die für unsere Kolonien zu dämmern scheint, anders werden.“

Ja, was schadet es, wenn ein Peters oder sonstiger Kolonialheld ein paar Neger aufhängt oder zu Tode peitscht? Diese Herrschaften müssen doch auch ihr Vergnügen haben, und wenn wir schon „mit roher Gewalt“ den Eingeborenen ihr Land wegnahmen, können wir ihnen auch das letzte, das Leben, rauben.

Also Bestialität aus Prinzip! Vom Raub zum Mord. Das ist wenigstens einfach und deutlich.

Ein schöner Traum ist ausgeträumt!

In der „Deutschsüdwestafrikanischen Zeitung“ ist folgende Notiz aus Gideon zu lesen:

Die Untersuchungsarbeiten auf der unmittelbar am Marktplatz liegenden Blaugrundstelle sind eingestellt. Es sind keine Diamanten gefunden worden. Jetzt wird auf den in der Umgegend befindlichen Stellen geschürft.

Wer denkt da nicht an all die alten Afrikaner und sonstigen Kolonialhelden, die in der Wahlzeit von den Rednertribünen herab glitzernde Diamanten vor den Augen der Hörer erstrahlen ließen und die Kolonien schon mit riesenhaften Diamantgrubenanlagen bevölkerten. Und der eine Diamant, den man irgendwo einmal gefunden haben will, spielte ungefähr die nämliche Glanzrolle wie Dernburgs unvergeßliche Dattelkiste.

Kardorff †.

Der frühere freikonservative Reichstags-Abgeordnete v. Kardorff ist im 80. Lebensjahre verstorben. Er gehörte zu den schlimmsten Brotwucherern, ja er war, wenn in diesem Zusammenhang das Wort gebraucht werden darf, „geistiger Führer“ dieser nimmersatten Sippe. Als Spezialität betrieb er daneben noch die Agitation für die Doppel-, besser gesagt, Silberwährung, die zum Vorteil der Junker die Münze verschlechtern und entwerten sollte. Sein prononziertes Agrariertum hielt ihn natürlich nicht ab, an oberfaulen industriellen Gründungen sich zu beteiligen; die berüchtigte „Laurahütte“ lieferte ihm ein beträchtliches Einkommen.

Schweiz.

Der Erfolg der Sozialdemokratie mit dem Militärreferendum. Während sich in Zürich das eidgenössische Schützenfest 11 Tage lang abspielte und Bundesrat, National- und andere Räte in gewaltigen Reden für die Militärvorlage Stimmung machten, dabei der gehaßten Sozialdemokratie einige Eselstritte versetzten, reichte die sozialdemokratische Parteileitung in Biel bei der Berner Bundeskanzlei 90000 Unterschriften ein, während nur 30 000 erforderlich sind, um die Vorlage zur Volksabstimmung zu bringen. Das ist sehr bitterer Wermut in den Freudenbecher des Schützenfestes und man erinnert sich unwillkürlich an die Situation von 1895, da es sich ebenfalls um eine Referendumsbewegung gegen die erste Militärvorlage handelte. Damals fand das Schützenfest in Winterthur statt und alle Festreden drehten sich ebenfalls um die Militärvorlage, für die das Fest agitatorisch fruktifiziert wurde. Aber die Volksabstimmung im Herbst brachte die wuchtige Verwerfung der Militärvorlage, an deren Erneuerung man sich jahrelang nicht heranwagte. Wir hoffen, die bevorstehende Volksabstimmung über die zweite Militärvorlage ergibt wiederum deren Verwerfung, damit die Herren in Bern endlich in sich gehen und in Zukunft den Wünschen und Forderungen der Arbeiterschaft etwas mehr Rechnung tragen.

Korea.

Die erste Tat des neuen Kaisers ist die Anordnung der Bestrafung der Haager Deputation. Zweifellos ist er damit einem dringenden Wunsche der Japaner nachgekommen.

Der Militarismus auf der Anklagebank.

Der Militarismus fesselt in letzter Zeit andauernd die Aufmerksamkeit der entgegengesetztesten Pole der Gesellschaft. Er steht auf der Tagesordnung zweier internationaler Kongresse: der „Friedenskonferenz“ der titulierten und bestirnten diplomatischen Vertreter der herrschenden Klassen zu Haag, und des „roten Parlaments“ des Proletariats aller Länder — des internationalen Kongresses in Stuttgart. Und gerade zur rechten Zeit erscheint deshalb ein Dokument, das Anspruch auf allseitiges Interesse erheben kann: die Anklageschrift gegen Stössel und Konsorten.

Wer kennt ihn nicht, den gepriesenen „Helden“ von Port Arthur? Wer las die Lobpreisungen nicht, die die patriotische Presse diesem „nationalen Helden“ spendete? Und wer weiß es jetzt, nach der Veröffentlichung der Anklageschrift nicht, daß dieser gefeierte Kavalier des Ordens „pour le mérite“ sich entpuppt hat als gemeiner Verbrecher, der, entgegen der direkten Verfügung seines Vorgesetzten, das Kommando über die Festung in seinen Händen behielt; — als ein Lügner, der aus „persönlichem Interesse“ seinen Vorgesetzten wissentlich gefälschte Berichte zustellte; — als Verräter, der — nach den Worten der Anklageschrift — sich bemüht hat, „die Festung in einen solchen Zustand zu versetzen, welche die Übergabe rechtfertigen könnte“, und endlich als Hauptschuldiger bei der Kapitulation der Festung, die weder durch den Zustand der letzteren, als durch den der Garnison begründet werden konnte.

Es frappiert uns hier durchaus nicht, daß sich ein gefeierter „Held“ des Militarismus als Verräter, Feigling, Lügner, als Feind des eigenen Vaterlandes entpuppt hat. Wir waren stets ganz bestimmter Ansicht vom „Patriotismus“ der herrschenden Klassen, von der „Tapferkeit“ der „höchsten“ Spitzen der Armee und von der Glaubwürdigkeit offizieller Berichte. Es frappiert uns auch nicht im geringsten, daß der Höchstkommandierende der Armee, der Statthalter und endlich der Zar selbst während der ganzen Dauer der Belagerung Berichte eines überführten Verbrechers, eines Usurpators veröffentlichten und das Volk sowie die ganze Welt durch Nachrichten irre führten, welche von einem Menschen einliefen, dem der Befehl erteilt worden war, „die Armee zu verlassen“. Denn wir wissen schon längst, daß die Herren und die Diener einander würdig sind!

Es ist etwas anderes, was unsere Aufmerksamkeit hier auf sich lenkt. Was tat die Garnison während der ganzen Zeit? Weshalb warf sie das Joch des Diktators nicht von sich ab? Weshalb arretierte sie nicht den General, der die Armee offenkundig der Schmach der Kapitulation entgegenführte? Weshalb verhinderte sie die Übergabe der Festung nicht, solange es noch möglich war, diese zu verteidigen? Dies alles forderte ja die „Pflicht vor dem Vaterlande“, die „Ehre der Armee“, der „Patriotismus“?

Die Garnison schwieg und vollführte die Befehle eines Verbrechers, der Generalsuniform trug. Lange Jahre Kasernenlebens hatten die Fähigkeit bei den Soldaten vernichtet, selbständig zu denken und zu handeln. Die Disziplin hatte die lebendige Liebe zum Vaterlande in ihnen erstickt, und hatte sie in Gliederpuppen verwandelt, die einem Holzpflock sogar Folge geleistet hätten, wenn dieser in Generalsuniform gesteckt hätte.

Es klingt unglaublich, es ist aber vollkommene Tatsache, daß einige Zehntausende junger Leute durch die Disziplin in einen solchen Zustand versetzt wurden, daß sie zu Helfershelfern wurden bei der Ausübung eines Verbrechens, daß sie sich sieben Monate lang dem unbeschränkten Willen eines Usurpators fügten, den sie alle aufs tiefste haßten, und daß sie stillschweigend und ohne zu murren kapitulierten, als der General dieses wünschte.

In der Tat, gar herrliche Verteidiger des Vaterlandes hat die Kaserne großgezogen! Und zur Erhaltung dieser „Vaterlandsstützen“ werden vom Staat alljährlich hunderte Millionen verausgabt!

Der Epilog des Dramas von Port Arthur muß die Aufmerksamkeit aller Gegner des heutigen Militarismus auf sich lenken. Er illustriert grell jene in der Kaserne großgezogene Unfähigkeit der militärischen Streitmächte, sogar diejenigen Zwecke zu befriedigen, auf die sich die bürgerlichen Ideologen und Politiker in ihren militaristischen Deklarationen stets berufen. Und angesichts dieser Tatsachen, angesichts der Schmach von Port Arthur usw., haben wir das vollste Recht, ja die Pflicht, die Forderung der Auflösung der heutigen Armee und der Schaffung einer Volksmiliz wieder und wieder zu erneuern. Und das nicht nur im Interesse der internationalen Verbrüderung der Völker, sondern auch im Interesse der Verteidigung des Vaterlandes vor feindlichen Invasionen, welche so oft von der Bourgeoisie gegen uns ausgespielt werden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 23. Juli.

In blindem Eifer drucken unsere Gegner alle Verleumdungen, Fälschungen und Dummheiten nach, die von irgend einem politischen Falschmünzer oder Ehrabschneider verbrochen werden, wenn sich dieselben nur gegen die Sozialdemokratie richten. Dieser Tage brachte das Zentralorgan der Brotwucherer, die „Deutsche Tagesztg.“, folgende Notiz:

Wenn das nicht hilft! Berlin, 19. Juli. Der sozialdemokratische Zentralwahlverein für den Kreis Ostprignitz hat nach Pritzwalk eine außerordentliche General-Versammlung einberufen und dazu auch die Landarbeiter eingeladen. In der gedruckten Einladung heißt es unter anderm: „Wir rechnen bestimmt auf Ihr Erscheinen. Die Teilnehmer an der General-Versammlung erhalten das Fahrgeld zurück sowie 1 Mark Zehrgeld.“ Es muß doch nicht gerade glänzend um die völkerbefreiende Sozialdemokratie bestellt sei, wenn sie zu derartigen Lockmitteln greifen muß.

Diese Notiz griff der „Landbote“, für den das Dümmste gerade passend ist, gierig auf und faselte vom „sozialdemokratischen Landarbeiterfang.“ Er merkte gar nicht, oder wollte es nicht merken, daß entweder die „Deutsche Tageszeitung“ absichtlich den Tatbestand gefälscht hat oder überhaupt nicht wußte, warum es sich in Wirklichkeit handelte. Jeder, der mit der sozialdemokratischen Organisation vertraut ist, sieht auf den ersten Blick, daß es sich hier um Delegierte zu einer General-Versammlung, also um Parteigenossen und nicht um irgendwelche unorganisierten Landarbeiter handelt, die „angelockt“ werden sollen.

Daß diesen Parteigenossen Fahrgeld und Auslagen erstattet werden, ist nicht mehr wie üblich und nicht mehr wie recht.

Wüste Schimpfereien auf die Sozialdemokratie bringt das Amtsblatt in seiner gestrigen Abend-Ausgabe in einem Artikel, betitelt „Die sozialdemokratische Unterwühlung des Heeres.“ Es heißt dort u. a.:

Will man aber die unserm Heere durch die militärfeindlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie drohenden Gefahren in ihrer ganzen Größe würdigen, so muß man sich vergegenwärtigen, welchen unermeßlichen sittlichen Schaden die Sozialdemokratie schon der Volksseele zugefügt hat. Es ist unsagbar, in welchem Maße durch sie Treu und Glauben in den weitesten Volkskreisen zerrüttet, Sitte und Ehrbarkeit zersetzt, Unbotmäßigkeit und Zuchtlosigkeit, Roheit und Genußsucht, Mißachtung von Gesetz und Obrigkeit, von Ehre und Recht gefördert worden sind.

Derartige Anwürfe werden gegen uns gerichtet von Menschen, die die scheußlichen Handlungen eines Dr. Peters verteidigen und deren Waffen dem Gegner gegenüber ausschließlich Verleumdung und Fälschung sind. Zuchtlosigkeit, Roheit, Mißachtung von Gesetz und Obrigkeit, Genußsucht usw. findet man gerade in den Kreisen der sog. besseren Gesellschaft, wie durch die Gerichtsverhandlungen und die Skandalchronik tagtäglich nachzuweisen ist. Wenn das Amtsblatt die Sozialdemokratie beschimpft und verleumdet, so ist das für unsere Partei eine Ehre; beweist es doch den ohnmächtigen Haß politisch Degenerierter gegen unsere ständig vorwärts schreitende Bewegung.

Liberale als Wahlrechtsfreunde. Ein größeres liberales Berliner Blatt schreibt:

Eine Frage kurzer Zeit.

„Nur das allgemeine Wahlrecht verbürgt den sozialen Fortschritt. Es hat sich den deutschen Süden erobert, es hat in Österreich festen Fuß gefaßt; es kann nur eine Frage kurzer Zeit sein, daß das allgemeine Wahlrecht sich auch im deutschen Norden, in Sachsen wie in Preußen, wie in den Hansestädten durchsetzt. Es siegt unter dem Zeichen der politischen Einheit und Freiheit wie des sozialen Fortschritts.“

Der Mann hat eine Ahnung! In der Hansestadt Lübeck haben die „Liberalen“ der verschiedensten Schattierungen gerade erst vor kurzem das Wahlrecht noch verschlechtert; ein gleiches ist in Hamburg geschehen. Es hat demnach den Anschein, als ob man von liberaler Seite mit der plötzlich so lebhaft betonten Freundschaft für das allgemeine (gleiche wird nicht gesagt. Red.) Wahlrecht politische Geschäfte machen will. Wenn das allgemeine, gleiche Wahlrecht einmal in den Hansestädten siegt, so geschieht das sicherlich gegen den Willen der Liberalen.

Das „Gesinde“ und das Gewerbegericht. Das Gesinde untersteht bekanntlich der Gewerbeordnung nicht, vielmehr kommt für die dem Gesinde zugehörigen Personen die Gesindeordnung in Betracht. Es gibt aber auch Fälle, in denen das Gesinde der Gewerbeordnung unterliegt; wenn solche Personen z. B. neben den häuslichen und landwirtschaftlichen Diensten gewerbliche oder kaufmännische Dienstleistungen verrichten, sind sie Gewerbegehilfen oder Handlungsgehilfen. Sie können daher bei Streitigkeiten mit ihrem Arbeitgeber das Gewerbegericht oder Kaufmannsgericht anrufen, was für sie bei der Misere der Gesindeordnung ein großer Vorteil ist. Die Verkäuferin, die Bäckermamsell sind z. B. Handlungsgehilfen, während der Koch, der Kellner, der im Gewerbe tätige Kutscher, der Markthelfer als Gewerbegehilfen anzusehen sind. Gärtner, die ausschließlich im landwirtschaftlichen Betriebe tätig und in die Hausgemeinschaft aufgenommen sind, unterstehen der Gesindeordnung, solche, die in Handelsgärtnereien beschäftigt sind, der Gewerbeordnung. Indes gehen die Ansichten hierüber auseinander. Zum Gesinde zählen solche Personen, die für häusliche oder landwirtschaftliche Dienste sich auf längere Dauer verpflichtet haben und in die Hausgemeinschaft des Arbeitgebers aufgenommen sind. Wie bereits dargelegt, werden Dienstboten zu Gewerbe- oder Kaufmannsgehilfen, wenn sie gewerbliche oder kaufmännische Dienste leisten. Der gewerbliche Arbeiter oder kaufmännische Angestellte verliert diese Eigenschaft nicht dadurch, daß er außerdem Gesindedienste leistet. So hat das sächsische Oberverwaltungsgericht ständig angenommen, daß Dienstboten eines Gastwirts, die Gastzimmer reinigen, Speisen zutragen usw., krankenversicherungspflichtig sind, weil sie in dem Gewerbe des Gastwirtes tätig sind. Ähnlich urteilten das preußische Kammergericht und das Reichsgericht. Nur das Oberlandesgericht München hat in einem einzelnen Falle eine gegenteilige Stellung eingenommen. Diese Kategorie von Arbeitern ist nirgends von den Bestimmungen der Gewerbeordnung oder des Kaufmannsgesetzes ausgeschlossen. Es würde das Gesetz verletzen heißen, wenn man ihnen die günstigeren Bestimmungen dieser Gesetze vorenthalten wollte.

Ende der hellen Nächte. Im Süden Deutschlands schon im Anfang Juli, im Norden erst am Ende des Monats hört die Zeit der immerwährenden Dämmerung, der hellen Nächte, auf; der lichte Bogen verschwindet am mitternächtigen Nordhorizont, und die Nächte werden wieder dunkel. Da am 25. Juli Vollmond ist und der Mond vom 20. Juli an nach Mitternacht untergeht, wird sich im Süden die dann bereits eingetretene Nachtdunkelheit schon vorher, im Norden aber erst gegen Monatsschluß bemerklich machen.

Schwankende Gesundheit. Die Gesundheit ist auch im Juli in der Mehrzahl der deutschen Städte eine recht günstige geblieben. In der Woche vom 30. Juni bis zum 6. Juli blieb die Sterblichkeit auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet unter 10 in folgenden Städten mit mindestens 40 000 Einwohnern: Bielefeld 9,8, Hagen 7,7, Metz 8,5, Pforzheim 9,2, Remscheid 4,7. Von den übrigen Städten mit mindestens 70 000 Einwohnern betrug sie in: Aachen 18,4, Altona 11,3, Augsburg 16,1, Berlin 12,6, Barmen —, Bochum 17,2, Bonn 15,2, Borbeck —, Brandenburg —, Braunschweig 14,6, Bremen 16,5, Breslau 22,4 Cassel —, Charlottenburg 10,5, Chemnitz 14,2 Cöln —, Crefeld —, Danzig 18,9, Darmstadt 12,0, Dessau —, Dortmund 13,2, Dresden 13,2, Deutsch-Wilmersdorf 14,8, Duisburg 17,5, Düsseldorf 12,2, Elberfeld 12,6, Elbing —, Erfurt 10,1, Essen 13,5, Flensburg —, Frankfurt a. M. 13,9, Frankfurt a. O. —, Freiburg i. B. 16,1, Fürth —, Gelsenkirchen 24,5, M.-Gladbach —, Gleiwitz —, Görlitz 13,7, Gera —, Hagen —, Halle a. S. 14,6, Hamborn 13,2, Hamburg 12,8, Hannover 13,1, Harburg—, Heidelberg —, Kassel 10,4, Kaiserslautern —, Karlsruhe 20,4, Kiel 12, Koblenz —, Köln 10,4, Königsberg i. P. 21,9, Königshütte —, Krefeld 10,3, Leipzig 13,4, Lichtenberg —, Liegnitz —, Linden —, Ludwigshafen 17,8, Lübeck 11,0, Mülheim a. d. R. 13,4, Magdeburg 17,8, Mainz 10,0, Mannheim 15,4, Metz —, Mülhausen i. E. —, Mülheim a. R. 13,4, München 17,1, Münster 12,8, Nürnberg 16,2, Oberhausen —, Offenbach —, Osnabrück —, Pforzheim—, Plauen. i. V. 18,3, Posen 22,6, Potsdam —, Remscheid —, Rixdorf 13,8, Rostock —, Schöneberg 11,7, Solingen —, Spandau 11,6, Stettin 19,1, Straßburg i. E. 16,2, Stuttgart 10,8, Ulm —, Wiesbaden 14,3, Worms —, Würzburg 17,2, Zabrze — und Zwickau —.

pb. **Unterschlagung.** Wegen Unterschlagung wurde ein Arbeiter aus Hammfelde festgenommen. Er kaufte sich bei einem hiesigen Fahrradhändler ein Fahrrad auf Abzahlung unter der Bedingung, daß das Rad Eigentum des Fahrradhändlers bleibe bis es bezahlt, sei und versetzte es bei einem Pfandleiher, obgleich er kaum die Hälfte des Kaufpreises gezahlt hat, für 15 Mark.

pb. **Kleines Schadenfeuer.** Am 22. d. M., abends gegen 8¾ Uhr, wurde die Feuerwehr nach dem Hause Ludwigstraße 60 gerufen, woselbst durch Explosion einer Petroleumlampe ein kleiner Brand entstanden war, der durch Hausbewohner im Entstehen gelöscht werden konnte, sodaß die Feuerwehr nicht mehr in Tätigkeit zu treten brauchte. Der erwachsene Schaden ist gering.

pb. **Steckbriefling.** Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Memel, der seitens der Großherzoglichen Amtsanwaltschaft in Ahrensbök wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wird.

Im Stadthallen-Theater gelangt am Mittwoch die Novität „Der Dieb“ zur Aufführung. Für Donnerstag ist eine Aufführung von „Inspektor Bräsig“ vorbereitet. Wer sieht wohl nicht gerne diese urwüchsige Figur des Inspektor Bräsig vor sich. — Im Hansa-Theater gelangt am Mittwoch einmal die prächtige Operette „Die Fledermaus“ zur Aufführung, worauf wir ganz besonders hinweisen wollen.

Wilhelm-Theater. Sorgfältig vorbereitet geht Mittwoch die sensationelle Neuheit „Raffles, der Amateur-Einbrecher“ in der einzig autorisierten Übersetzung von B. Pogson in Szene. Das Stück hat überall stürmischen Erfolg gehabt, der sicher auch in Lübeck nicht ausbleiben wird.

Arbeiter, Parteigenossen!
Erwerbt
das lübeckische Bürgerrecht!

Schlutup. Straßensperre. Wegen vorzunehmender Neupflasterung der Bahnhofstraße in Schlutup ist diese Straße vom Mittwoch, den 21. Juli cr. ab auf etwa acht Tage für den Fuhrwerksverkehr gesperrt. — Erloschene Seuche. Nachdem die Rotlaufseuche unter den Schweinen der Witwe Carlsson in Schlutup erloschen ist, sind die angeordneten Sperrmaßregeln aufgehoben worden.

Segeberg. Die erste Generalversammlung des Sozialdemokratischen Zentralvereins für den 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreis fand am Sonntag, den 21. Juli, in Segeberg statt. Aus dem Berichte des Vorstandes geht hervor, daß zurzeit 6 Ortsvereine bestehen, die insgesamt 312 Mitglieder zählen, gegen 297 im Vorjahre und 186 organisierte Genossen im Jahre 1904. Die „Schleswig-holsteinische Volkszeitung“ wird im Kreise in 274 Exemplaren gelesen. Einen breiten Raum in dem Bericht und der sich an den Bericht anschließenden Diskussion nehmen die behördlichen Maßnahmen gegen die sozialdemokratische Partei ein. Bei den Polizeistückchen, die aus Neustadt, Segeberg, Burg a. F. und anderen Orten gemeldet werden, empfindet man, daß Ostholstein und Ostelbien auf gleicher Kulturstufe stehen. Das Resultat der Reichstagswahl im Kreise wird im Bericht als bedauerlich und der äußerst geringe Fortschritt der Organisation als vollständig unbefriedigend bezeichnet. Die Wahl hat 5171,54 Mk. gekostet, davon deckt die Agitations-Kommission 4628 Mk. Die Jahresabrechnung der Organisation verzeichnet eine Einnahme von 1989,53 Mk. und eine Ausgabe von 1946,85 Mk. In der Einnahme macht der Zuschuß der Agitationskommission mit 1273,85 Mark den größten Betrag aus. Unter der Ausgabe befinden sich 165,25 Mk., die an den Parteivorstand in Berlin und 48,63 Mk., die an die Agitationskommission abgeführt wurden. Über die Frage: „Was lehrt uns die letzte Reichstagswahl“? referierte der Reichstagskandidat des Kreises, Genosse Weinheber. Redner kam zu dem Schluß, daß alle Energie aufgewandt werden müsse, um die Organisationen im Kreise zu stärken, neue Ortsvereine zu gründen, der sozialdemokratischen Presse mehr Abonnenten zuzuführen und die Genossen zu schulen und zu erziehen. Nur so könne ein zweites Wahlresultat wie das im Jahre 1907 verhindert werden. An den Vortrag knüpfte sich eine recht lebhafte Debatte. Besonders wurde von fast allen Rednern hervorgehoben, daß die bisherige Agitationsarbeit auf dem Lande nicht ausreiche. Es dürfe nicht mehr dem Zufall überlassen bleiben, wenn einmal Flugblätter oder Druckschriften im Landgebiet verteilt werden. Bei der jetzigen intensiven und verleumderischen Agitation der Gegner sei es nötig, eine ständige, systematische Landagitation zu betreiben. Die Frage der Herausgabe einer periodisch erscheinenden Zeitung für die Landagitation müsse erörtert und gelöst werden. Der Genosse Bartels erklärte, daß die Agitationskommission dem Provinzialparteitag in Altona einen Antrag unterbreiten werde, „Die rote Landpost“ monatlich erscheinen zu lassen. Aufgabe der Parteigenossen müsse es dann sein, die Zahl der jetzigen Bezieher bedeutend zu erhöhen. Werde es vorerst nur ermöglicht, „Die rote Landpost“ allmonatlich an 5 bis 6000 Landarbeiter zu verteilen, sei das ein außerordentlicher Erfolg, der gute Früchte tragen werde. Nicht mit Unrecht wurde auch von einem Delegierten erklärt, daß es im 9. Kreise in allererster Linie nötig sei, in den kleinen Städten des Kreises bedeutend festere Organisationsstützen zu schaffen, als es jetzt leider der Fall sei; nur wenn dies erreicht werde, könne erst an eine systematische Landagitation gedacht werden, weil man dann erst die nötigen Agitationskräfte zur Verfügung habe. Auch mehr Aufklärung durch Vorträge in den Kreisversammlungen und mehr Agitation für die „Volkszeitung“ wurde in der Diskussion gefordert, weil nur so die Durchbildung der Genossen erfolgen könne. Die Generalversammlung beschloß, zum Provinzialparteitage 3 Delegierte zu entsenden, dazu den Vorsitzenden des Zentralvereins. Gewählt wurden die Genossen Meyer und Valendick-Neustadt; Scheel-Segeberg und Brumm-Burg a. Fehm. Das Mandat für den Parteitag in Essen wurde einem der vom Kieler Wahlkreise zu wählenden Delegierten übertragen. Der Genosse Hecht aus Heiligenhafen hatte mehrere Anträge an die Generalversammlung gestellt. Einer davon forderte, daß die Generalversammlung vom Provinzialparteitage fordern solle, daß ein Agrarprogramm für die Provinz Schleswig-Holstein geschaffen werde, ein anderer Antrag verlangte, die Generalversammlung möge beim Parteitage in Essen beantragen, daß künftig keine bürgerlichen Kandidaten bei den Stichwahlen mehr von der Sozialdemokratie unterstützt werden. Beide Anträge wurden von der Generalversammlung abgelehnt. Als Vorort des Kreises wurde wieder Neustadt bestimmt. Zum Vorsitzenden des Kreisvereins wählte die Generalversammlung den Genossen Meyer-Neustadt, zum Kassierer den Genossen Valendiek-Neustadt und zum Obmann der Kontrollkommission den Genossen Scheel-Segeberg.

Hamburg. Zwei entsetzliche Todesfälle im Bahngebiet. Sonnabend gegen 8 Uhr abends wurde der Weichensteller Busch am Bahnhof Rotenburgsort vom Zuge überfahren und zermalmt. Die Leiche kam in die Leichenhalle. — Ebenso grausig kam der erst 19 Jahre alte Streckenarbeiter Wilhelm Martens ums Leben. Er wurde am Montag morgen auf dem Rangierbahnhof Rotenburgsort vom Zuge erfaßt und überfahren. Er war der einzige Ernährer seiner Mutter. Die Leiche kam ins Hafenkrankenhaus.

Flensburg. Schnelle Justiz. Der Redakteur A. Grau vom dänischen „Flensborg Avis“ ist wegen Pressevergehens (wie verlautet, wegen Beleidigung der preußischen Regierung) auf Antrag der Staatsanwaltschaft verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt worden. Die Verhaftung erfolgte auf Grund eines Steckbriefes, da Grau sich als „verreist“ abgemeldet hatte. Diese schnelle Justiz sticht sehr wohltuend ab von der Gemächlichkeit mit der die Strafverfolgung gegen den Reichslügenverbandshäuptling Liebert „mit dem Schandfleck“ betrieben wird.

Kiel. Im Streit erstochen. Eine ruchlose Bluttat spielte sich, wie bereits gemeldet, in der Nacht zum Sonntag gegen 12¼ Uhr auf dem Hofe des Hauses Knooper Weg 116 ab. Schon stundenlang vorher hatten die dort wohnenden Bauarbeiter Schramm und Kolberg auf dem Hofe allerlei Allotria getrieben und Skandal verübt. Nachdem sie eine Weile fortgewesen waren, kehrten sie nach Mitternacht wieder zurück. Jetzt entstand zwischen den beiden ein Streit, in dessen Verlauf Schramm sein Messer zog und es dem Kolberg in die Brust stieß. Der Gestochene verstarb nach wenigen Augenblicken; jedenfalls hat das Messer das Herz getroffen. Der herbeigerufene Arzt konnte nur den Tod des Kolberg konstatieren. Die Leiche wurde nach dem Pathologischen Institut geschafft. Der Täter, der einen stark blutenden Schnitt über dem linken Unterarm hatte, wurde zunächst von den Schutzleuten zum Verbinden nach der Feuerwehr am Martensdamm gebracht. Dort bekam Schramm einen Tobsuchtsanfall, er riß sich die Kleider vom Leibe und versuchte mit Gewalt, sich der Lysolflasche zu bemächtigen. Er wurde jedoch überwältigt und alsdann in Haft abgeführt. Angenommen wird, daß er sich die Verletzung selbst beigebracht hat, damit es den Anschein habe, als ob er in der Notwehr gehandelt hätte. Das Opfer des brutalen Vorganges gedachte in 14 Tagen Hochzeit zu feiern. Der Täter selbst aber ist erst seit etwa 3 Wochen verheiratet. Die Folgen sind also höchst traurige. Der Getötete, der Arbeiter Bernhard Kolberg stammt aus Dirschau.

Lurup. Von Bienen getötet. Hier fiel ein Bienenschwarm über vier Pferde des Fuhrmanns Schwabe vom Bordesholmer Bahnhof her. Ein Pferd verendete unter großen Qualen nach zwei Stunden, ein anderes wurde über und über mit Stichen bedeckt.

Rostock. Ein Soldat ist kein Mensch, sondern eine Maschine. Das Füsilier-Regiment Nr. 90 befand sich im Juni im Lockstedter Lager. Dort war der Füsilier L. zum Sielbau abkommandiert. Als L. am abend des 4. Juni nach anstrengender Tagesarbeit auf seine Stube kam, befahl ihm der Unteroffizier H., vier Telephone nach dem Scheibendepot zu bringen. L. ging und kam mit der Meldung zurück, daß das Depot geschlossen sei. Nun befahl der Unteroffizier dem L., die Telephone dem Oberfeuerwerker zu bringen. L. antwortete, daß dieser nach 6 Uhr keine Sachen mehr annehme. Als der Unteroffizier trotzdem bei seinem Befehle blieb, weigerte sich L., obgleich der Unteroffizier den Befehl sechsmal wiederholte. Das Kriegsgericht der 17. Division hat L. zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil haben der Gerichtsherr und der Angeklagte, der zu seiner Entschuldigung angibt, daß er in übergroßer Übermüdung gehandelt habe, Berufung eingelegt. Das Oberkriegsgericht des 9. Armeekorps gibt der Berufung des Gerichtsherrn Folge und verurteilt L. zu einer noch höheren Strafe, nämlich zu drei Monaten Gefängnis.

Bremen. „Kaiser Wilhelm II.“ fiel auf die Seite. Der Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyd „Kaiser Wilhelm II.“, der zur Zeit im Kaiserhafen zu Bremerhaven liegt und am Dienstag wieder abgefertigt werden sollte, erlitt vorgestern Abend einen Unfall, indem sich das Schiff beim Kohlenübernehmen plötzlich auf die Seite neigte, so daß durch die offenen Kohlenpforten und Seitenfenster Wasser in die Kessel-, Maschinen- und Bunkerräume eindrang und diese füllte. Die übrigen Räume, Kajüten, Wohnräume usw. sind, wie es weiter heißt, unberührt geblieben, und es ist in diese kein Wasser gedrungen. Mit dem Auspumpen des Wassers wurde sofort begonnen; das Schiff dürfte binnen kurzem wieder leer sein. Der Schaden ist durch laufende Versicherungen gedeckt. Die bevorstehende Reise muß wegen den vorzunehmenden Instandsetzungsarbeiten ausfallen. Nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung ist der Unfall darauf zurückzuführen, daß der Dampfer bei fallendem Wasser an eine unter der Kaje liegende Schlickbank hakte und bei auflaufendem Wasser plötzlich abglitt, wodurch das Schiff sich stark auf die Seite legte und die unteren Räume durch die offenen Kohlenpforten voll Wasser liefen. Die Reederei teilt mit, daß zu der von anderer Seite gemeldeten Vermutung, daß es sich bei dem Unfall um einen Racheakt handelt, keinerlei Grund vorliegt und ein solcher Racheakt vollständig ausgeschlossen erscheint.

Emden. Eisenbahn-Zusammenstoß. Bei der Kurfürstfischerei stießen zwei Züge zusammen. Einige Wagen sind zertrümmert worden, andere stehen aufeinander. Der Materialschaden ist bedeutend. Personen sind nicht verletzt worden.

Literarisches.

„Von der Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 42. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Theaterpublikum. — Der Staatsstreich in Rußland. Von L. Martoff. — Sieben Jahre preußischer Schulreaktion. Von Heinrich Schulz. — Der vierte Konsumgenossenschaftstag. Von Herm. Fleißner. — Literarische Rundschau: Dr. Fanny Imle, Die Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Deutschland. Von Julius Deutsch. — Bibliographie der gesamten landwirtschaftlichen Zeitschriftenliteratur. Von ad. br. — Dr. Käthe Kalisky, Die Hausindustrie in Königsberg i. Pr., mit besonderer Berücksichtigung der Lage der Arbeiterinnen. Von ad. br. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von Mk. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom **„Wahren Jakob“** ist uns soeben die 15. Nummer seines 24. Jahrganges zugegangen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Geisterspuk auf dem Schloßplatz“ und „Eine Hofgesellschaft“, sowie die weiteren

Illustrationen „Kinematographische Aufnahmen vom Kilimandscharo", Ein feudaler Sachse", „Portugal", „Metzelsuppe", „Zensur", „Der Liberalen Saat und Ernte", „Im Haag", „Die Kamarilla in Rußland", „Der Sieger im Rennen", „Im Block-Hotel", „Wie sich der Zar die Reichsduma wünscht", „Österreichische Kapaunen", „Glaubhaft", „Der Ministerschub" und „Abzug von der Bannmühle"! Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Das Afrikanergericht", „Das sächsische Wahlgesetz", „Wiegenlied", „An den Freisinn!", „Die Feuerwehr", „Töff-töff", „Der Arbeit Lust und Brot", „Herr Liebert", „Johann, der muntere Seifensieder" und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die satirischen Feuilletons „v. Below-Pleitenburg an v. Arnim-Schnodderheim", „Africanus Triumphator", „Pech", „Polizeisorgen", „Aristokraten vor Gericht", „Der koloniale Übermensch", sowie die Humoreske „Die Autorität". Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pfg.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 15 des 17. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Aufruf zur Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz zu Stuttgart. — Um das Frauenwahlrecht. — Gegen die Kolonialgreuel. Von g. g. — Eine sozialistische Enquete über die sofortige Einführung des Frauenwahlrechts. — Die weibliche Arbeitskraft in der Eisen- und Metallindustrie. III. Von W. D. — Ein amerikanischer sozialistischer Dichter. Von Richard Scheid-Paris. — Aus der Bewegung: Weibliche Delegierte zu dem Internationalen Sozialistenkongreß und der Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz zu Stuttgart. — Von der Agitation. — Ein Wort des Dankes. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauen in liberalen Berufen. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Quittung. — Feuilleton: Der Jüngling kommt gegangen. Von Horace Traubel. — Viele Stimmen vereint. Von Horace Traubel. Für unsere Mütter und Hausfrauen: Lied. Von Georg Herwegh. (Gedicht.) — Die Entwickelung der Sprache beim Kinde. Von M. H. Baege. — Sonnenuntergang. Von Gottfried Keller. (Gedicht.) — Etwas vom Blutkreislauf. Von Dr. Hope Adams-Lehmann. — Müßige Neugier. Von M. H. — Die Mutter als Erzieherin. — Für die Hausfrau. — Wiegenliedchen einer Bergmannsfrau. Von H. Salamon. (Gedicht.) — Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mk.

Briefkasten.

Mehrere Kellner. Anonyme Zuschriften finden keine Aufnahme. Wir ersuchen um Angabe Ihres Namens und Adresse.

Drucksachen jeder Art für **Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"**

Nie erlahmen

darf die Arbeiterschaft in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist

die Arbeiterpresse.

Jetzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. An dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit

für den „Lübecker Volksbote" zu agitieren.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co Sämtlich in Lübeck.

Unserm Freunde und Kollegen **F. Boldt** zu seinem Wiegenfeste ein donnerndes Hoch!
Nu rah mal.

Zweistubenwohnung (Holstentor) für Mk. 100 zu vermieten. Näheres Schwartauer Allee 30, I.

Sofort oder später **eine Dreizimmerwohnung zu vermieten.** Näheres Brolingstraße 60.

Eine 3-Stubenwohnung zu vermieten. Preis 180 Mark. **Peter Moll, Vorwerk** bei Lübeck.

Gesucht zum 1. August **ein tüchtiger Hausdiener** Mühlenstraße 34.

Ein Segelboot zu verkaufen Schwarz. Herrenbrücke.

Rasier- und Frisier-Salon. Aufmerksame und saubere Bedienung. **G. Koch,** Friseur, **Mühlenstraße 5.**

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege. **H. Schreiber, Breitest. 24**

Billige **Tapeten-Reste** **Georg Bornhöfft** Hafen-Drogerie, Untertrave 44/45, bei der Drehbrücke.

Johannes Probst Uhrmacher Marlistraße 29 Reparaturen unter Garantie prompt und billigst. Federn M. 1.50, Gläser v. 30 Pf. an.

Abreisenden aufbewahrt und nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus u. Speditionsgesch. **Fischergr. 52.**

E. BOY, Fischhandlung Hüxstr. 30. Telefon 115. **Markthalle 46.** Mittwoch frisch eintreffend direkt vom Fischplatz: Ein großer Posten Seelachs, Pfd. nur 12 Pfg. in ganzen Fischen, Rotzungen Pfd. 40 Pfg., Kabliau Pfd. 14 Pfg., Fischkarbonade, zum Braten fertig, Pfd. 40 Pfg., dickfleischige Goldbutt, lebende Schleie und Aale.

Gewerkschafts-Fest.

Diejenigen, welche **auf dem Festplatze** im Tiergarten mit **Lebens- und Genußmitteln** oder **Ansichtspostkarten** ausstehen oder handeln wollen, sowie solche Personen, welche eine

Zapfstelle

dortselbst übernehmen wollen, müssen sich bis zum **26. Juli** d. J. schriftlich, mit Angabe ihrer genauen Adresse, beim Komitee, Johannisstraße 50, melden.

Die Meldungen zu den Zapfstellen sind den Gewerkschafts-Vorständen vorzulegen und von diesen zu unterstempeln. Gleichzeitig ist von den Vorständen längere Arbeitslosigkeit oder Krankheit des sich Meldenden zu bestätigen.

Das Komitee.

Friedr. Meyer & Comp.

Buchdruckerei — Buchhandlung

Johannisstraße 46 ▭ LÜBECK ▭ Fernspr.: Nr. 926

Anfertigung von
Plakaten
Broschüren
Flugblättern
Statuten
Mitgliedskarten
Eintrittskarten
Programmen
Festliedern.

Herstellung sämtlicher Buchdruckarbeiten in ein- u. mehrfarbigem Druck

Für Massenauflagen: Rotationsdruck.

Solide Preise. — Prompte Lieferung.

Verlag des Lübecker Volksboten

Anfertigung von
Briefbogen
Kouverts
Rechnungen
Quittungen
Mitteilungen
Adresskarten
Zirkularen
Visitenkarten.

: Arbeiter - Bildungs - Schule Lübeck :

Vortrags-Zyklus

über folgende Vorkämpfer des Proletariats:

Robert Owen, Charles Fourier, Ferd. Lassalle, Karl Marx, :: Friedrich Engels, Wilhelm Liebknecht und **Ignaz Auer ::**

2. Vortrag am Donnerstag, 25. Juli, abds. 8½ Uhr:

::: Robert Owen :::

Vortragende: Frau **Dr. Schlomer.**

Der Zutritt zu diesen Vorträgen ist unentgeltlich.

Zahlreicher Beteiligung an diesen im **„Vereinshaus"**, Johannisstr. 50-52, stattfindenden Vorträgen sieht entgegen

.. .. **Der Vorstand** .. ..

Ferienkolonien.

Rückkehr der Kinder von Travemünde am Mittwoch, den 24. Juli, abends 6 Uhr 46 Min.

Der Vorstand.

Ferienkolonien.

Abreise der Kinder nach Travemünde am Sonnabend, den 27. Juli, mittags 1 Uhr 37 Min.

Der Vorstand.

Spar-Klub „So bi lütten".

General-Versammlung

am Mittwoch, den 24. Juli, abds. 8½ Uhr, **Hüxstraße 94.**

Deutscher Metallarbeiterverband

(Verwaltungsstelle Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, 24. d. M., abends 8½ Uhr **im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.**

NB. Zu der am Sonntag im Vereinshaus stattfindenden Wahl müssen die Mitgliedsbücher vorgezeigt werden.

Die Ortsverwaltung.

Kranken- und Sterbekasse „Amicitia". E. H. Nr. 18.

General-Versammlung

am Sonnabend, den 27. Juli, abends 8½ Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 46—52.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung. 2. Wahlen. 3. Aenderung des § 7 Abs. 1 des Statuts und Erhöhung der Beiträge. 4. Innere Kassenangelegenheiten.

Der Vorstand

Hansatheater.

Mittwoch, den 24. Juli. 8 Uhr. Einmaliges **Operetten-Gastspiel.** Verstärktes Orchester der Stadtkapelle. **Die Fledermaus.** **Sommerpreise.** Vorverkauf im Zigarreng. Sager, Kohlmarkt.

Wilhelm-Theater.

Mittwoch: 58. Abonn.-Vorstellung. Sensationellste Neuheit der Gegenwart. **Raffles,** **der Amateur-Einbrecher.** Vier Akte von E. W. Horning u. Presbrey. Deutsch von B. Pogson. Anfang 8 Uhr. Donnerstag: Dieselbe Vorstellung.

Stadthallen-Theater.

Mittwoch. 8 Uhr. 38. Abonnem.-Vorstell. Sensationelle Novität. Der größte Schlager der Saison. **Der Dieb.** Ein Stück in 3 Akten v. Henry Bernstein. **Donnerstag.** 8 Uhr. 39. Abonnem.-Vorstell. **Inspektor Bräsig.** Volksstück in 4 Akten von Fritz Reuter. Vorverk.: **Kaibel, Borchert, Theaterk.**

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 169. Dienstag, den 23. Juli 1907. 14. Jahrg.

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands.

Arbeiter, Parteigenossen!

Unstreitig gehören die in der deutschen Tabakindustrie Beschäftigten mit zu den schlechtest entlohnten Arbeiterschichten Deutschlands. Löhne werden gezahlt, mit welchen in den meisten Fällen nicht einmal das nackte Leben zu fristen ist, und die Verhältnisse erinnern lebhaft an das sprüchwörtlich gewordene Elend der schlesischen Weber. Die Ausbeutung der in der Tabakindustrie Beschäftigten wird in der raffiniertesten und rücksichtslosesten Weise betrieben, so daß tatsächlich in vielen Fällen das Elend unter den Tabakarbeitern zu ernsten Bedenken Anlaß gibt. Diese rücksichtslose Ausbeutung konnte diesen gefahrdrohenden Grad erreichen, weil die Zigarrenfabrikation mit Leichtigkeit von einem Orte zum andern verlegt werden konnte und auch verlegt worden ist, wodurch der Einfluß der gewerkschaftlichen Organisation auf ein geringes Maß reduziert wurde. Nicht minder wirkten auch die forigesetzten Zoll- und Steuerpläne der Reichsregierung dezimierend auf das Gewerbe. Der vom Deutschen Reichstage beschlossene und im Jahre 1879 in Kraft getretene Rohtabakzoll in Höhe von 85 Mk. pro Doppelzentner muß größtenteils von den in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeitern getragen werden, auf welche die Fabrikanten diese Last durch Lohnreduzierungen abwälzten. Auch neuerdings plant man wieder eine Besteuerung der Zigarrenindustrie in Form einer Banderolensteuer, deren Last wenn irgend möglich den Tabakarbeitern ebenfalls aufgehalst werden wird. Wir sehen daher in den deutschen Tabakarbeitern nicht allein eine Arbeiterschicht, die der grenzenlosen Ausbeutung ausgesetzt ist, sondern auch eine solche, die gewaltige Summen dazu alljährlich für den Reichshaushaltsetat extra zu tragen hat.

Diesen wesentlichsten Faktoren ist das unbeschreibliche Elend der deutschen Tabakarbeiter zu verdanken. So sehr nun auch von diesen Faktoren die Tätigkeit des Tabakarbeiterverbandes begrenzt wurde, ließ er es doch an der nötigen Agitation und Werbung von Mitgliedern nicht fehlen und erreichte auch gerade in den letzten Jahren, daß seine Mitgliederzahl stieg. Die Kämpfe um eine bessere Existenz entstanden und mußten geführt werden. Selbstverständlich erforderten diese Kämpfe ungewöhnlich hohe Summen, da beinahe jede Lohnerhöhung im zähen Kampfe errungen werden mußte. So verausgabte der Deutsche Tabakarbeiterverband für diese Kämpfe bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 24619 im Jahre 1905 und 28384 im Jahre 1906 171000 Mk. im Jahre 1905 und 204000 Mk. im Jahre 1906, und im verflossenen 1. Halbjahr 1907 115000 Mk. Dazu waren nicht weniger als 85000 Mk. Gemaßregeltenunterstützung erforderlich. Verhältnismäßig große Summen mußten auch für arbeitslose Mitglieder ausgegeben werden, die durch die vom deutschen Reichstage beschlossene Banderolensteuer auf Zigaretten arbeitslos geworden waren. Auch in den jetzt noch tobenden Kämpfen zeigt es sich, daß die Zigarrenfabrikanten vor keinem Mittel zurückschrecken, das ihnen verspricht, die Gewährung etwas besserer Löhne hintenan zu halten. Mehrere Kämpfe, darunter jener in Gießen mit 1100 beteiligten Tabakarbeitern, wo man seitens der organisierten Zigarrenfabrikanten sogar das Verlangen an die Arbeiter richtete, aus dem Deutschen Tabakarbeiterverbande auszutreten, sind zu bestehen und werden voraussichtlich noch eine längere Zeit andauern.

In dieser Situation hat sich der unterzeichnete Vorstand an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gewandt mit dem Ersuchen, den um ihre Existenz ringenden deutschen Tabakarbeitern beizuspringen. Die Generalkommission hat diesem Ersuchen bereitwilligst entsprochen und sich dieserhalb mit einem Aufruf an die organisierten Arbeiter Deutschlands gewandt, eine Sammlung einzuleiten. Auch die organisierten Tabakarbeiter sind, wohl einsehend, daß diese Kämpfe große Summen erforderlich machen, von der Verbandsleitung schon seit April dieses Jahres verpflichtet worden, monatliche Extrabeiträge zu zahlen, die auch gerne, trotz des Elends, in welchem sie stecken, gezahlt werden. Dazu haben erfreulicherweise an vielen Orten die organisierten Tabakarbeiter noch wöchentliche Extrasammlungen unter sich eingeleitet.

Arbeiter, Parteigenossen! Wenn wir diesen Schritt zur Veranstaltung einer Sammlung unternahmen, so geschah es in der bestimmten Erwartung, ihn nicht vergebens getan zu haben. Es gilt in diesem Falle, einer an Zahl wohl kleinen aber mächtigen und übermütigen Unternehmergruppe, wie in Gießen, zu zeigen, daß die klassenbewußte Arbeiterschaft Deutschlands es nicht duldet, daß einer Arbeiterschicht, wie es in Gießen versucht wird, das Koalitionsrecht genommen werden soll, und daß es ihr ernstes Bestreben ist, die gesamte Arbeiterschaft auf ein höheres soziales Niveau zu erheben. Die organisierten deutschen Tabakarbeiter rechnen mit Bestimmtheit auf die geforderte Solidarität der klassenbewußten Arbeiterschaft Deutschlands und werden in gleicher Situation bei Arbeitern anderer Branchen auch ihren Mann stehen, wie sie es getan haben, solange es eine klassenbewußte Arbeiterschaft Deutschlands gibt.

Mit Gruß

Der Vorstand
des Deutschen Tabakarbeiterverbandes.

Aus den Geheimnissen der Wurstfabrikation.

Warum „Wurstvergiftungen" so oft von den Zeitungen gemeldet werden müssen, darüber bringt die Nr. 11 des Fachblattes „Der Fleischer" einen Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

Warum so viele ekelerregende Schweinereien im Fleischergewerbe vorkommen? Weil die Sucht nach Mammon, nach Geld, die Fleischermeister alles „Wurst" sein läßt, anderseits weil keine genügende Kontrolle seitens der Behörden in den Fleischereien ausgeübt wird.

Die moralische und sittliche Verkommenheit vieler Fleischermeister ist eben heute schon auf eine Stufe gesunken, die tatsächlich nicht mehr niedriger führen kann. Das gilt nicht bloß inbezug auf die Rücksichtslosigkeit, die bei der Verarbeitung verfaulten und stinkigen Fleisches geübt wird, das gilt auch für die Ausbeutung der Gesellen, Lehrlinge und Verkäuferinnen inbezug auf die Arbeitszeit, die Logisverhältnisse, die Löhne und sonstige Behandlung. Die Geldsacksinteressen gehen dieser Wuchergesellschaft über alles. . . .

Dafür bringt „Der Fleischer" folgenden neuen Beitrag: Wegen wissentlichen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz vom 14. Mai 1879 mußte sich der jetzt zu Rixdorf, früher zu Charlottenburg wohnhafte Schlachtermeister Fritz Gustav Sachs verantworten. Der Angeklagte, welcher schon einmal wegen eines gleichen Vergehens vorbestraft ist, betrieb in Charlottenburg eine Schlachterei, in der geradezu haarsträubende Zustände herrschen, die in gesundheitlicher Hinsicht jeder Beschreibung spotteten. Am 30. Juli v. J. trat bei dem Angeklagten der Geselle W. ein. Schon am ersten Tage machte W. in der Werkstatt Entdeckungen, die bei ihm Erbrechen hervorriefen. Aus vollständig faulem Fleisch und stinkendem Kuheuter, die von Maden wimmelten, wurden „Knobländer" fabriziert. Nach einigen Tagen konnte es W. in dem Geschäft des Angeklagten nicht mehr aushalten. Am 11. August begab sich W. zur Polizeiwache und nahm gleich als corpus delicti ein Stück Fleisch mit, welches vollständig verfault war und das von ihm zu Wurst verarbeitet werden sollte. Die Erzählungen des Gesellen wurden anfänglich mit einigem Mißtrauen aufgenommen, da man zuerst an einen Racheakt glaubte. Als jedoch am nächsten Morgen in dem Geschäft des Sachs unvermutet eine Revision vorgenommen wurde, zeigte es sich, daß die Schilderung des W. noch viel zu harmlos war. Der Kreistierarzt Dr. Jeß, der sich in Begleitung eines Kriminalbeamten in das Geschäft des Angeklagten begeben hatte, fand dort Zustände vor, die bei ihm selbst Übelkeit hervorriefen. In einem Vorraum lag das „Wurstmaterial" völlig verfaulter Kuheuter, die einen pestilenzialischen Gestank von sich gaben. Auf einem Hackkloß lag fertig zubereitete Wurstmasse, in der die fingerlangen Maden spazieren gingen. Noch schlimmer sah es in den übrigen Räumen aus. In einer Tonne befanden sich Schweineohren und 200 Pfund Eisbeine, die von Maden ebenfalls wimmelten; ferner wurde ein Posten Gänsepökelfleisch vorgefunden, das schon grünlich-schwarz angelaufen war und einen ekelerregenden Gestank verbreitete. Nach Bekundung von zwei Gesellen soll es häufig vorgekommen sein, daß große Mengen Fleisch, das vollständig von Maden durchsetzt war, durch den Fleischwolf getrieben wurden und dann in die Wurstmasse kamen. Der als Sachverständiger vernommene Medizinalrat Dr.

Das goldene Kreuz.

Roman von Karl Benzmer.

(Schluß.) (Nachdruck verboten.)

43.

Die nächsten Wochen waren der materiellen Seite des Lebens in Gongitz gewidmet. Viel gab es in Peter Lebermanns Haus zu rüsten, und am emsigsten schaffte die kleine Braut. Wie hätte sich Antje trotz ihrer Standeserhöhung von ihrem eigen gemachten Linnen trennen können? Um keinen Preis der Welt! Zu dem schönen, festen Gewebe hatte sie selber Tausende von Fäden gesponnen und manch süßes Hoffen, aber auch manche Zähre mit dem Gespinst verwebt. Auch die Mutter, obgleich sie sich in den Mitteln zu ihres Kindes Glück vergriffen, hatte dazu ungezählte Fäden durch ihre Finger laufen lassen. Mit liebevoller Pietät legte Antje die schweren Linnenbolzen in ihre Koffer hinein; sie mußten mit fort zur üppigen Stätte ihres Glücks.

Jeden Abend gingen die Liebenden Arm in Arm hinunter zum Strande, um schönen Erinnerungen nachzuhängen. Was sie sich von Glück und Freude für die Zukunft träumen konnten, wurde hier ausgedacht und den plätschernden Wellen anvertraut.

Trennung vom Vaterhaus, wie schmerzlich ist Dein Empfinden! Ob auch das Glück Sterbliche zu hohen Ehren trägt, immer reißt das Scheiden von der alten, einfachen Gewohnheit des Daseins und des Wirkens, selbst aus den engsten Kreisen, eine tiefe Wunde. Immer wahrt sich die Stätte der Geburt ihr Recht am Menschenherzen!

In unausgesetzter Arbeit verrann die kurz bemessene Zeit. Zu unvermittelt war ja dieser Wendepunkt des Glückes in das Lebermannsche Haus gefallen.

Frau Mariek ging dies hastende Abtun einer Lebensfrage, an der sie selber leider zwei Jahre lang vergebens gerüttelt, ganz wider den Strich. Wenn sie an die nahe Trennung dachte, stand ihr das Herz still. Durch rastloses Schaffen mühte sie sich, dies prickelnde Gefühl zu ersticken und gönnte sich keine Ruhe, denn die Arbeit verscheuchte die bösen Gedanken. Aber die Nächte, o die Nächte! Da kam es über sie mit dem bösen Alpdruck der Gewissenspein. Wie hatte sie ihr Kind tyrannisiert!

Täglich besuchte Heinrich mit seiner Antje die Pflegeeltern und besprach auch mit ihnen das Kommende. Nimmer hätten sich Hans und Grete träumen lassen, daß das Dunkel, welches über ihres Lieblings Abstammung gelegen, sich so zu ihren Gunsten lösen würde. Vor ihnen in den Staub versank die Sorge, daß der Pflegesohn, den sie mit ihrem Herzblut erwärmt und großgezogen, ihnen genommen werden könne. Ob Heinrich auch von ihnen ging, er blieb ihnen, denn er hing an ihnen mit der Dankbarkeit des echten Sohnes.

Im schönsten Frühlingssonnenschein war auch der Hochzeitstag angebrochen. Freude und Wonne überall! Draußen in der freien Natur und in den Herzen der Menschen! Im Kirchlein auf der Höhe, welches die Hand der Freundinnen mit Lenzensblüten zur duftigen Laube umgeschaffen, fand die Trauung des jungen Paares statt. Der Festesreigen, der sich wieder zum Teil im nahen Walde abspielte, verlief in üppigem Glanz. Noch zu keiner Zeit war in Gongitz eine so großartige Hochzeit gefeiert worden. — Dann kam das Scheiden, das ungezählte Herzen mit kalter Hand berührte!

44.

Ein Lustrum, das sich in ungetrübtem Glücke abgerollt, liegt hinter dem jungen Ehepaar, Heinrich und Antje Giersdorf. Mit Geschick haben es beide verstanden, sich auf die Lebenshöhe zu stellen, der sie angehörten, sich den Kreisen ebenbürtig zu erweisen, in denen sie sich dauernd bewegen sollten.

Zwei blondlockige Knaben hat Antje ihrem Gatten geschenkt; ganz gehen beide in den lieblichen Kindern auf; sie sind ihres Lebens schönster Schmuck. Die Frauenpflicht mit ihren verzweigten Aufgaben hat Antjes liebreize Anmut nur vertieft.

Noch hat der reiche Götting unter den Schönen der Handelsstadt nicht die finden können, die Antjes Bild in seinem Herzen zu verwischen vermöchte.

Antjes Welt ist Heinrich, zu ihm sieht sie empor wie zu einer Vorsehung; ihm wahrt sie ein Herz voll treuer Hingebung. Er ist aber auch ein ganzer Mann und in dem großen Geschäft neben dem Bruder immer an seinem Platze.

Am Waldessaum von Gongitz, und zwar an der Stelle, wo Heinrich vor seinem ersten Gange ins werdende Leben seiner trauernden Antje den Scheidekuß gegeben, erhebt sich eine hübsche Villeggiatura im gotischen Stil, die, umkränzt von blütenreichen Stauden, sich inmitten eines Parkes romantisch von der Bildfläche der meerbespülten Landschaft abhebt. Hans Niemann und seine Grete bewohnen — zum Verdruß der Frau Lebermann, die sehr mißgünstig auf den Vorzug ist — den linken Flügel des schönen Baues.

Wenn Lenzeslüfte zu wehen beginnen und die Kelche sich dem Sonnenstrahl öffnen, dann gehört die Schaffenskraft der beiden Alten der Natur an, denn bald schon rücken die beiden Familien Giersdorf aus Lübeck mit Equipage und Dienerschaft ein, um den ganzen Sommer in Gongitz zu verbleiben.

So ist's ein Jahr und alle Jahre; ein lustiges Leben geht durch die Räume der schönen Villa.

Peter Lebermann hat seine Krugwirtschaft verkauft und sich neben der Villa des Schwiegersohnes ein hübsches Haus erbaut, in welchem er mit seiner Frau den Lebensabend beschließen will. Der Verkehr zwischen den beiden Wohnungen ist ein lebhafter und alle Unbill der Vergangenheit ruht in Lethes Schoß.

Antje, die ihr Glück nie in sich, sondern selbstlos stets in andern sucht, ist der Genius, der alle Falten in dem Lebensbuch der beiden Familien geglättet hat.

Die elf Jünglinge, die einst an der kühnen Rettungsfahrt teilgenommen, führen Schiffe für Gebrüder Giersdorf in Lübeck durch die Meere; ein schönes Glück ist ihnen aus der Tat entstanden.

Niclas Bradhering, der Mordgeselle, ist, nachdem er wegen des ruchlosen Schusses vier Jahre Zuchthaushaft verbüßt hat, nach Amerika ausgewandert und verschollen. Nur mit Verachtung wird sein Name in Gongitz genannt.

Bereits hat sich neben Villa Giersdorf ein Prachtbau an den anderen gereiht und wie die Pilze wachsen am Waldesrand die schönen Wohnstätten heraus, in denen die Vornehmen aus allen Richtungen der Windrose während der Sommerfrische hier am Meer leben. Von der Villa der reichen Lübecker strahlt die Sonne einer urfrischen Gemütlichkeit aus. Sie ist stets der Mittelpunkt eines feinen, fröhlichen Badelebens, das seine Originalität und seinen Reiz einer heroischen Rettungstat verdankt und nicht minder dem goldenen Kreuz!"

Klein führte aus, das vom Angeklagten verarbeitete und noch vorgefundene Fleisch sei nicht nur geeignet, die menschliche Gesundheit zu schädigen, sondern sogar den Tod herbeizuführen. Vor Gericht konnte dieser Volksvergifter Sachs nichts zu seiner Entschuldigung vorbringen. Der Staatsanwalt nahm von einer Überweisung an das Schwurgericht nur deshalb Abstand, weil dem Angeklagten nicht nachzuweisen sei, daß er gewußt habe, daß der Genuß des verdorbenen Fleisches geeignet sei, den Tod herbeizuführen. Mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit des Vergehens beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von neun Monaten. Der Gerichtshof sah sich jedoch veranlaßt, über das beantragte Strafmaß noch hinauszugehen, da derartige gewissenlose Menschen nicht hart genug bestraft werden könnten. Das Urteil lautete deshalb auf ein Jahr Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust; zugleich wurde der Angeklagte sofort verhaftet.

Das ist nur ein „bedauerlicher Ausnahmefall" wird man sagen, und wir wären herzlich froh, wenn wir diesem Einwand zustimmen könnten. Dem ist aber leider nicht so. Im vorigen Jahre berichtete „Der Fleischer" auf Grund gerichtlichen Aktenmaterials über nicht weniger als 695 Fälle solcher Schweinereien, die insgesamt mit 30 Jahren, zwei Monaten, 20 Tagen Gefängnis und 37 679 Mk. Geldstrafe abgeurteilt werden mußten. Nun mag es ja zutreffen, daß die Meister nicht immer allein es sind, die solche Schweinereien begehen, vielfach helfen eben die „Herren Gehilfen" mit und bringen die Sache erst zur Anzeige, wenn sie aus dem betreffenden Geschäft ausgetreten sind. Aber die Hauptschuld trifft stets die Meister, und gerade diejenigen, die am meisten über die Arbeiterverbände und die Arbeiterpresse herziehen, sind stets, darauf kann man schwören, auch die größten Schweine. . . . .

Als im vorigen Jahre der amerikanische Schriftsteller Upton Sinclair die ungeheuren Schweinereien in den Schlachthäusern Chicagos durch seinen Roman „The Jungle" (Der Sumpf) veröffentlichte, waren es in erster Linie die deutschen Fleischermeister, welche sich in die Brust warfen und in heuchlerischer Entrüstung selbst und durch ihre ebenso heuchlerische Presse in die Welt posaunten: „Solche Schweinereien kommen in Deutschland nicht vor, die deutsche Wurstfabrikation ist die sauberste in der ganzen Welt!" Solche Fälle, wie die oben dargelegten, scheinen uns aber ganz dazu angetan, den Herrschaften etwas mehr Bescheidenheit zu lehren.

Soziales und Parteileben.

Die sechste Konferenz der internationalen Vereinigung gegen die Tuberkulose, an deren Spitze Leon Bourgeois-Paris und Ministerialdirektor Althoff-Berlin stehen, findet in der Zeit vom 19. bis 21. September in Wien statt. Den Hauptgegenstand der Verhandlungen wird die Frage der Infektionswege bilden. Aus dem Mitgliederkreise werden zu diesem Gegenstande außer dem Hauptberichterstatter Professor Weichselbaum-Wien referieren: v. Behring-Marburg, Calmette-Lille, Flick-Philadelphia, Flügge-Breslau, B. Fränkel-Berlin, Kirchner-Berlin, Kraus-Berlin, Orth-Berlin, Raw-Liverpool, Schütz-Berlin, Spronck-Utrecht, Unterberger-St. Petersburg. Ferner stehen auf der Tagesordnung die Anzeigepflicht für Tuberkulose (Referenten: Raw-Liverpool, Biggs-New York, Homboe-Christiania). Ferner die Frage der Heilstättenkosten (Referenten: Pannwitz-Berlin, Freund-Berlin, Rumpf-Ebersteinburg) und die Vorbereitungen für den Internationalen Tuberkulosekongreß in Washington 1908 (Referent: Flick-Philadelphia). Außerdem enthält das vorläufige Programm der Konferenz folgende Vorträge: Kayserling: „Über Tuberkulosemuseen als Mittel der Volksbelehrung." — Neubecker: „Die Tuberkulose nach ihren juristischen Beziehungen in rechtsvergleichender Darstellung." Werner: „Armee-Tuberkulose und Rotes Kreuz." Anfragen in betreff der Konferenz sind an den Generalsekretär der Vereinigung Professor Dr. Pannwitz-Charlottenburg, Knesebeckstr. 29, zu richten.

Der neunte Verbandstag des Verbandes der Friseurgehilfen Deutschlands findet am 12., 13. und 14. November 1907 in Bremen im Gewerkschaftshause, Faulenstraße 58/60, statt. Vorläufige Tagesordnung: Konstituierung. Rechenschaftsbericht. Lohnbewegungen. Lehrlingsfrage. Berichterstattung vom Internationalen Kongreß und der Internationalen Konferenz. Anträge auf Abänderung des Statuts. Wahlen. Sonstige Anträge.

Die „richtige" Auslegung der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung. Daß die Weigerung eines Arbeiters, aus seiner Organisation auszutreten, dem Arbeitgeber die Berechtigung gibt, zu kündigen, besagt eine kürzlich vom Gewerbegericht zu Recklinghausen gefällte Entscheidung. Der Arbeitgeber hatte seinen Arbeitern erklären lassen, wenn sie nicht innerhalb 14 Tagen aus der Organisation aträten, seien sie entlassen. Nach seiner Entlassung erhob ein Arbeiter Klage auf Schadenersatz mit der Begründung, die Aufforderung, aus der Organisation bei Vermeidung der Entlassung auszutreten, enthalte keine rechtswirksame Kündigung, weil die in ihr enthaltene Drohung gegen die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung verstoße. Der Kläger wurde mit der Klage abgewiesen, und zwar unter folgender im „Gewerbegericht" wiedergegebenen Begründung: § 152 der Gewerbeordnung spricht nur von der Aufhebung der gesetzlichen Verbote und Strafbestimmungen gegen die sogenannte Koalitionsfreiheit, während der § 153 denjenigen unter Strafe stellt, der einen anderen durch Drohungen u. a. bestimmt oder zu bestimmen versucht, an den in § 152 bezeichneten Verabredungen teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder einen anderen hindert oder zu hindern versucht, von jenen Verabredungen zurückzutreten. Ein solcher Tatbestand ist hier nicht gegeben. Der Beklagte bezweckte mit seiner Drohung den Austritt der Arbeiter aus der Organisation, ein Fall, der in den §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung nicht vorgesehen ist. Diese Entscheidung des Recklinghauser Gewerbegerichts gibt der „Arbeitgeber-Zeitung" Veranlassung zu folgender Bemerkung: „Es ist erfreulich, daß die richtige Auslegung der §§ 152 und 153 immer weitere Fortschritte macht. Man kann nicht oft genug wiederholen, daß es verboten ist, einen Arbeiter zum Eintritt, aber erlaubt, ihn zum Austritt aus der Organisation zu zwingen." Mit diesen Worten enthüllt die „Arbeitgeber-Zeitung" die ganze Ungerechtigkeit und Unerträglichkeit der gesetzlichen Bestimmungen über das Koalitionsrecht. Dieses den gewerblichen Arbeitern reichsgesetzlich garantierte Recht kann aus der Welt geschafft werden durch das brutale Vorgehen des Unternehmertums, das, ohne irgend welche Strafen für derartige Nötigungsversuche befürchten zu müssen, infolge seiner wirtschaftlichen Macht die Arbeiter vor die Wahl stellen kann, entweder brotlos zu werden oder aus der Organisation auszutreten. Es wird durch die Entscheidung des Recklinghauser Gewerbegerichts einmal wieder bewiesen, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter nur auf dem Papier steht und daß die Arbeiter in Wirklichkeit schutzlos der kapitalistischen Willkür preisgegeben sind.

Gewerberichter und Geschäftsführer eines Unternehmerverbandes in einer Person ist in Plauen i. V., einem bedeutsamen Industrieorte Sachsens mit etwa 80 000 Einwohnern, ein Mann, um den sich schon seit zwei Jahren ein erbitterter Streit zwischen dem dortigen Gewerkschaftskartelle und den Aufsichtsbehörden dreht. Die Arbeiterschaft verlangt mit Recht, daß der Betreffende den im Nebenamte bekleideten Posten bei einem Unternehmerverbande niederlegen solle. Vom Stadtrate zweimal mit dieser Beschwerde abgewiesen, ging man an die Kreishauptmannschaft in Zwickau. Auch hier fand man nichts Bedenkliches an der Sache. Eine an das Ministerium des Innern gerichtete Eingabe hatte wenigstens den Erfolg, daß an der Stelle das Unhaltbare dieses Zustandes eingesehen wurde. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß der Gewerberichter „in Ruhe" seine Beziehungen zu dem Vereine der Stickereifabrikanten lösen möchte, der Stadtrat solle dann weiteren Bescheid in der Sache erteilen. Den halben Erfolg der Arbeiterschaft Plauens durchkreuzte nun der Stadtrat mit dem Schachzuge, den betreffenden Gewerberichter von allen Streitigkeiten zu entbinden, bei denen Mitglieder des Fabrikantenvereins in Betracht kommen; zwei Ratsassessoren sollten in diesen Fällen an seine Stelle treten. Und mit diesem höchst sonderbaren Auswege erklärte sich die Regierung einverstanden! Die Arbeiterschaft Plauens natürlich nicht, die prinzipiell die Gewerberichter von solchen Nebenämtern befreit wissen will.

Ernteaussichten. In den Bemerkungen der „Statistischen Korrespondenz" heißt es: Die Heftigkeit der mehrfachen wolkenbruchartigen von Sturm gepeitschten Regengüsse hat das Getreide in großem Umfange zum Lagern gebracht und auf manchen Feldern Windbruch verursacht. Auch hatten Gewitter in einigen Strichen schädigenden Hagel im Gefolge. Es kann jedoch nicht gesagt werden, daß die Berichte hierüber ungewöhnlich zahlreich seien. Über tierische Schädlinge liegen verhältnismäßig wenig Nachrichten vor, um so mehr aber über massenhaftes Auftreten von Unkraut aller Art, dessen Beseitigung durch Nässe sehr verzögert wird. Von Winterhalmfrüchten hat Weizen seine dünne Bestockung verhältnismäßig am meisten aufgebessert. Spelz und Roggen, deren Befund schon im Vormonat nicht ungünstig war, konnten sich mit weniger Gewinn begnügen. Bei Roggen wird der dünne Stand durch kräftigen Halm und große, volle Ähren als ausgeglichen erachtet. Die Ernteaussichten hätten also sowohl hinsichtlich des Kornes wie des Strohes zu den besten Hoffnungen berechtigt, wenn nicht die umfangreiche Lagerung eine Beeinträchtigung der Körnerbildung und bei mangelndem Sonnenschein wohl auch Ausreifung sowie Auswachsen befürchten ließe. Mit dem Mähen ist in den meisten Gebieten noch nicht begonnen worden. Infolge des stürmischen Wetters mit häufig vorkommender Wirbellagerung wird das Mähen viel Arbeitslohn erfordern, weil die Maschine nicht benutzt werden kann. Von der Winterung ist hauptsächlich Weizen, weniger Roggen mit Rost befallen. Sommerhalm- und Hülsenfrüchte haben sich zufriedenstellend weiter entwickelt. Sommerweizen und Roggen sind vielfach durch Windbruch geschädigt. — Bei den Frühkartoffeln hat sich die Fäulnis weiter verbreitet. Außerdem tritt in vielen Gegenden die Kräuselkrankheit auf. Bei Klee und Luzerne wird, nachdem der erste Schnitt zum beträchtlichen Teil nur als Dung zu verwerten war, auch beim zweiten Schnitt nicht viel erwartet. Ähnlich ist die Lage bei den Wiesen.

Waisenkinder als „Arbeitswillige". Bei dem Dachdeckermeister Rathgen in Quedlinburg sind die Dachdecker in Streik getreten. Da der ehrsame Meister nur zwei Streikbrecher fand, so konnte er an einem dreistöckigen Neubau die Dachdeckerarbeiten nicht fertigstellen. Er holte sich daher sechs zehn- bis zwölfjährige Knaben aus dem Waisenhaus der Johannishospitalstiftung zur Hilfe. Die bedauernswerten Knaben mußten die mühevolle Arbeit des Dachziegelhinaufreichens verrichten, wobei sie oben auf der neun Meter hohen Leiter stehen mußten. Doch damit noch nicht genug! Während der Vesperpause mußten die Kinder auf dem Güterbahnhof Dachziegel aus Bahnwagen auf einen Rollwagen laden. Ein Parteigenosse machte die Polizei auf diese Ausnutzung der armen Waisen aufmerksam, worauf diese von einem Beamten nach dem Waisenhaus zurückgebracht wurden. . . .

Liberalismus und Bildung. Der organisierten Arbeiterschaft in Düsseldorf steht nach einem Beschluß der dortigen Stadtverordneten von 1890 keins der städtischen Lokale zur Verfügung. Die größeren Lokale von Düsseldorf sind nach und nach in den Besitz der Stadt übergegangen, so daß die Arbeiter bei ihren Veranstaltungen auf die kleinen Säle angewiesen sind. Der Freidenkerverein, dem auch Liberale als Mitglieder angehören, dessen Vorsitzender ein Sozialdemokrat ist, beabsichtigte einen Vortrag von dem Privatdozenten für Naturwissenschaft an der Berliner Universität M. H. Baege halten zu lassen. Als Thema hatte man „Die Geschichte der Erde" (mit Lichtbildern) gewählt. Es wurde von dem Vorstand des Vereins an die Stadtverwaltung der Antrag gestellt, zu diesem Vortrag ein städtisches Lokal zur Verfügung zu stellen. Thema und Referent waren angegeben. Man war der Meinung, daß die liberale Stadtverwaltung in diesem Falle, wo ein wissenschaftlicher Vortrag gehalten werden sollte, das Gesuch nicht abschlagen würde. Doch was hat der Liberalismus mit Bildung und Wissenschaft zu tun, kurz und bündig wurde der Antrag abgelehnt, ist doch ein Sozialdemokrat Vorsitzender in dem Verein, und das genügte.

Sozialdemokratischer Wahlerfolg in der Schweiz. Seitdem unsere Genossen in der Gemeinde Altstetten bei Zürich nach langjährigem, unheilvollem Bruderzwist einig sind, eilen sie von Erfolg zu Erfolg. Am letzten Sonntag siegten sie abermals bei einer Nachwahl in den Gemeinderat, indem Genosse Imhof mit 342 gegen 307 bürgerliche Stimmen gewählt wurde. Damit sitzen 4 Sozialdemokraten gegenüber 3 Bürgerlichen im Gemeinderat, so daß unsere Genossen in dieser Behörde die Mehrheit haben. Der Fall ist sehr lehrreich.

Der zweite rumänische Sozialistenkongreß ist jetzt beendet. Aus der Debatte über das Zentralorgan der Partei „Romania Muncitoare" ist die vom Genossen Dr. Racovski rühmend hervorgehobene interessante Tatsache nachzutragen, daß von den im letzten Jahre im Zentralorgan veröffentlichten Beiträgen mehr als 500 von Arbeitern geschrieben sind. Zum internationalen Kongreß in Stuttgart wurden vier Vertreter delegiert.

Aus Japan. Nach dem Melbourner „Sozialist" wurde in Tokio eine sozialistische Partei gegründet mit einer Mitgliedschaft von 80 Mann.

Der Walfischfang an der Küste von Norwegen und Finmarken.

Im Nordatlantischen Ozean haben die Seefahrer des öftern Gelegenheit, den Riesen des Ozeans, den Walfisch, zu beobachten. In einer Entfernung von mehreren Kilometern sieht man plötzlich einen 5 bis 10 Meter hohen, sich scharf in der Luft abgrenzenden Strahl emporsteigen. Der Kundige weiß es sofort, daß es ein Walfisch ist, der an die Meeresfläche kommt, um aus seinem an der Stirn belegenen Spritzloch einen wasserhaltigen Luftstrahl auszustoßen. Großartig ist das Schauspiel, wenn plötzlich ohne vorherige Anzeichen ein ganzes Rudel Walfische, 10 bis 20 an der Zahl, dicht an der Schiffsseite auftaucht und das vorwärts segelnde Schiff auf einige Zeit begleitet. Nun sieht man und hat zugleich bald links, bald rechts, vorn und hinten die Tiere. Man könnte meinen, daß der Riesenleib sich im Wasser überschlägt und sich um eine Achse dreht. Dies ist jedoch nicht der Fall. Nach dem Ausstoßen des Luftstrahls neigt das Tier den Kopf senkrecht nach unten und zieht den 20 bis 25 Meter langen Körper nach, wodurch die scheinbar kollernde Bewegung entsteht. So plötzlich wie die Wale erscheinen, so plötzlich verschwinden sie auch wieder.

Wie langweilig und anderseits wieder wie aufregend ist die Tätigkeit des Walfischfängers! Ein solcher Walfänger treibt oft ein halbes Jahr im Ozean herum, hatte recht oft Gelegenheit, die Tiere in nächster Nähe zu sehen, ohne jedoch ihnen nahe genug zu kommen, um einem die scharfe Harpune in den Riesenleib schleudern zu können. Wenn hoch oben an der norwegischen Küste in der Umgegend des Nordkaps die lange Polarnacht zu Ende geht und die Sonne wieder höher und höher am Horizont erscheint, dann rüstet sich die Küstenbevölkerung von Finmarken auf den kommenden Dorschfang. Daß der Dorsch sich wieder eingestellt hat, sieht man an dem massenhaften Auftreten kleinerer Fische, die in alte Fjorde und offene Buchten der Küste hineinschwimmen, um den Nachstellungen ihrer Feinde zu entgehen. Ihre Feinde sind der Dorsch und der Schellfisch, die sich dann auch in die Fjorde hineinwagen, zugleich getrieben und gejagt von einem größeren Feinde, nämlich dem Walfisch. Der Walfisch (Finwal) wartet die günstige Gelegenheit ab, wo der Dorsch sich zu großen Scharen versammelt. So fallen denn Milliarden Dorsche den Finwalen zur Beute, andere Milliarden, die diesen Feinden entgehen, werden von Fischern gefangen. Der Walfisch folgt den Dorschen nicht in die Fjorde hinein, er hält vielmehr draußen Wacht, damit sie nicht wieder entweichen. Häufig wagt sich ein Wal aber doch in die engen Fjorde hinein, so daß er nicht wieder herauszufinden vermag und an zackigen Felsenriffen zerschellt. Den Fischern ist es sehr lieb, wenn der Walfisch draußen als Wächter steht, denn auf diese Weise kann der Dorschfang ungestört gehandhabt werden.

So konnte denn aber auch der Gedanke nicht ausbleiben, den „Dorschwächter" in seinem Revier aufzusuchen und sich seiner zu bemächtigen. Früher wurden die Walfische durch Harpunieren von einem Boote aus gefangen; jetzt dagegen wird der Wurfspieß von dem Bug eines Dampfers vermittels einer Kanone sicherer und mit mehr Nachdruck auf das Tier geschleudert, als auch der geübteste und kräftigste Harpunier dies zu tun vermag. Dieses Verfahren wurde zuerst vor etwa 30 Jahren von einem in Vadsö (Finmarken) beheimateten Walfänger angewandt. Wie lohnend dieses Verfahren ist, läßt sich daraus ersehen, daß im Jahre 1877 ein Walfänger im Zeitraum von sechs Monaten dreiundfünfzig Nordkaper — so wird der Wal von den Seeleuten genannt —, die unweit der Küste gefangen waren, in den Hafen von Vadsö einschleppte. Die Harpune hat eine Länge von fast 2 Metern und ein Gewicht von annähernd 100 Kilogr. Sobald die Harpune in den Körper des Wales eingedrungen ist, entsteht durch das an dem Schaft der Harpune befestigte starke Tau ein Zug nach auswärts, der den die Widerhaken zusammenhaltenden dünnen Taustrang zerreißt. Die Widerhaken bohren sich in den Speck des Wales hinein und betätigen einen starken Widerstand gegen äußeren Zug.

Der Waldampfer ist ein gewöhnliches Schraubenschiff. Große Dimensionen sind für ein solches Schiff nicht notwendig; denn der gefangene Wal braucht nicht an Bord genommen zu werden, wie dies bei den Walfängern des Ozeans der Fall ist, sondern wird im Schlepptau nachgezogen. Vorn im Schiffsraum befindet sich eine um eine durchgehende Achse drehbare, mit einer Bremsvorrichtung versehene Rolle, auf welche das lange, gewöhnlich aus Manilahanf hergestellte, etwa 60 Millimeter starke Schlepptau gleichmäßig aufgewunden ist. Für den Schützen ist große Ruhe, Sicherheit und Übung erforderlich, um das Geschoß im geeigneten Augenblicke zu richten und abzufeuern. Nicht immer wird das Ziel erreicht, besonders dann nicht, wenn der Wal dem Schützen nicht den Gefallen tut, seinen breiten Rücken genügend lange an der Meeresoberfläche zu zeigen. Jetzt zeigt sich ein aufsteigender Luftstrahl, gewöhnlich mehrere dicht zusammen. Die Jagd beginnt. Es ist aber gar zu verschieden, wo das Tier nun wieder auftaucht, oft in größerer Entfernung, oft auch unmittelbar vor dem Bug des Schiffes. Schnell ist die Kanone auf ihr Ziel gerichtet und abgezogen. Die scharfe, mit bedeutender Kraft geschossene Harpune ist dem Tiere tief in die Speckseite gedrungen, die Widerhaken haben sich rechtwinklig zum Schaft ausgebreitet: das Tier ist gefangen. Es rast vor Schmerzen dahin, taucht unter und verschwindet. Mit großer Schnelligkeit läuft das Schlepptau von der Rolle ab. Wenn einige hundert Meter Tau ausgelaufen sind, wird die Rolle langsam gebremst. Der Wal muß nun auch den Dampfer mitschleppen, was ihm nicht schwer fällt. Alle Augenblicke kommt der Riese an die Oberfläche des Wassers, um Luft zu schöpfen. Um die Kraft des Wales ganz zu zerstören, arbeitet die Schiffsmaschine rückwärts. Noch ein paar verzweiflungsvolle Versuche, sich von der Angel zu befreien, und der Kampf hat sein Ende erreicht. Das Schlepptau wird auf die Rolle gewunden und das gefangene Tier herangezogen. Der gewaltige Riese ist der menschlichen Technik zum Opfer gefallen.

Nun wird um den breiten Schwanz des Nordkapers das Schlepptau befestigt und das verendete Tier folgt rückwärts dem vorwärts dampfenden Schiffe, das sich beeilt, seine Beute in den sicheren Hafen zu bringen. Mittels einer Dampfwinde wird der Wal eine schiefe Ebene hinaufgewunden. Ist er glücklich an Land gebracht, so geht's ans Abspecken. Dabei werden in den Tierkörper tiefe, quadratförmige Einschnitte gestochen; an dem einen offenen Ende wird ein scharfer Haken angelegt und eine Winde zieht das eingeschnittene Stück Speck vom Körper. So wird weiter verfahren, bis der ganze Riesenleib vom Speck entblößt ist. Die nun sichtbar gewordenen Fleischteile, die weniger Wert haben, werden abgenommen und zu Haufen aufgestapelt, oft allerdings auch den ärmeren Lappländern zur freien Verfügung gestellt. Der Speck wird in der unmittelbar am Landungsorte befindlichen Schmelzerei zu dem allbekannten Tran verarbeitet, welcher zu vielen Fabrikationszwecken verwendet wird. Der übrige Teil des Riesenkörpers, außer den Barten, wird zum sogenannten Fischguano verarbeitet. Die Fleisch- und Weichteile werden in großen Eisenpfannen ausgebraten und ausgebrannt. Der

von allen Fetteilen befreite Rückstand wird, in Säcke gefüllt, als braune klebrige Masse unter dem Namen Fischguano in den Handel gebracht. Die Knochenteile werden in Stücke zersägt und zerschlagen und liefern Material für die Knochenmühlen. Auch dieser letzte Rest von dem Riesen dient zur Verbesserung des Ackers. Das Zerlegen des Wals muß möglichst schnell geschehen und die Stelle schnell geräumt werden, denn wer weiß, ob nicht schon morgen der gestern auf neuen Fang ausgelaufene „Hvalfanger" mit neuer Beute heimkehrt! Der Walfischfang ist kein Spiel. Kräftige, wetterfeste Männer müssen das Werk vollbringen. Zu diesen zähen, kräftigen Naturen sind die Bewohner des hohen Nordens unbedingt zu rechnen: sie sind von Jugend auf daran gewöhnt, den Kampf mit den Elementen siegreich zu bestehen.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Sittlichkeitsverbrecher. Der Vierfahrer Oswald Ullmann wurde von der Berliner Strafkammer zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Er hatte sich in der schlimmsten Weise gegenüber seinem 8jährigen Kinde und seinem 12jährigen Stiefkinde (seit deren siebenten Jahr) vergangen und seine Frau durch Bedrohungen zum Schweigen veranlaßt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Ist der Verurteilte zurechnungsfähig — das muß das Gericht angenommen haben, da es sonst zu einem Freispruch gekommen wäre —, so ist die gegen den Unhold erkannte Strafe als milde zu bezeichnen.

Im Mordprozeß Hau ist gestern abend das Urteil gefällt worden; es lautet, nachdem die Geschworenen die Schuldfragen bejaht hatten, auf die **Todesstrafe.** Hau blieb bei der Urteilsverkündung völlig ruhig. Der Verteidiger meldete sofort Revision an. — Über den Prozeß selbst wird dem „Hamb. Corr." aus Karlsruhe u. a. geschrieben: Karlsruhe ist keine Großstadt. Sein Leben fließt ruhig dahin und trägt den vornehmen Charakter einer kleinen Residenz. Daß der Sensationsprozeß, der sich jetzt vor dem Schwurgericht abspielt, die Gemüter gewaltig erregt, ist dann wohl leicht zu verstehen. Und sensationell ist der ganze „Fall". Der Angeklagte Karl Hau ist der Sohn angesehener frommer katholischer Eltern. In jungen Jahren, kaum dem Knabenalter entwachsen, entführt er Lina Molitor, die einige Jahre älter ist und die er bei einem Kuraufenthalt in Korsika kennen gelernt hat. Das Verschwinden der jungen Dame hatte ihre Familie, die zu den ersten Familien Baden-Badens zählt, gewaltig erregt. Als man das Paar in Realp auffand, hatte die Entführte einen Schuß in der Brust. Sie erklärt, sie habe selbst geschossen, doch hatte in Wirklichkeit Hau den Schuß abgegeben, nachdem beide sich entschlossen hatten, zusammen aus dem Leben zu gehen. Die beiden Familien beschließen die Heirat des Liebespaares. Hau geht mit seiner Frau nach Amerika, er läßt sich in Washington nieder. Der äußerst intelligente junge Mann bringt es in kurzer Zeit zum Assistent-Professor der Jurisprudenz. Er will aber mehr Geld verdienen und wird Anwalt. Er läßt sich in große Unternehmungen ein, die aber zunächst nur große eigene Geldopfer fordern. Die reiche Schwiegermutter, die Witwe des Geheimen Medizinalrats Molitor, läßt sich auch dazu herbei und sendet 70 000 Mark übers Meer. Hau reist wiederholt nach der Türkei. Hier will er für eine amerikanische Rhederei einen Panzerkreuzer an die Pforte verkaufen. Groß wäre sein Gewinn. Alles schlägt fehl. In Wien erhebt er als letzten Rest seiner Mittel 9000 Kronen auf einen Kreditbrief eines Londoner Hauses. Hier fängt sein Verbrechen an. Am Tage, nachdem er das Geld erhoben hatte, schreibt er der Londoner Firma, der Kreditbrief sei ihm gestohlen worden; er bitte um die Erneuerung desselben. Er fährt mit seiner Frau und seiner hübschen Schwägerin Olga nach Paris, wo sie acht Tage verbleiben wollen. Dann will Hau mit seiner Frau und seinem von ihm sehr geliebten Kinde nach Amerika zurückreisen. Am 7. Tage des Pariser Aufenthalts sendet er, ohne Kenntnis seiner Frau, aber mit deren Unterschrift eine Depesche an seine Schwiegermutter, sie solle sofort kommen, ihre Tochter Olga sei bedenklich erkrankt. Das war unwahr. Warum hat er depeschiert? Die Anklage nimmt an, daß Hau schon in Paris die Schwiegermutter habe morden wollen oder erwartet habe, daß die herzkranke Frau durch den Schreck getötet werde. Lange hat Hau in Abrede gestellt, der Schreiber und Absender der Depesche zu sein. Jetzt hat er das zugegeben, mit der wenig glaubhaften Begründung, daß seine Frau auf ihre eigene Schwester Olga eifersüchtig gewesen sei und ihm eine Szene gemacht habe. Um weiteren Szenen zuvorzukommen, habe er seine Schwiegermutter kommen lassen. Dem Vorhalt, daß doch sowieso am darauffolgenden Tag sein und seiner Schwägerin Aufenthalt beendigt gewesen sei, hat er nichts zu erwidern. Er reist mit Frau und Kind nach London, richtet unter falschem Namen an sich ein Telegramm, das ihn nach dem Kontinent ruft. In London legt er einen falschen Bart an, den er in den Kanal wirft. In Frankfurt läßt er sich wieder einen falschen Bart und eine Perücke machen, legt beide an und fährt nach Karlsruhe. Viele Personen bemerken die Maskerade. Er fährt nach Baden, bald nach seiner Ankunft wird er an der Villa Molitor gesehen. Er telephoniert von der öffentlichen Fernsprechstelle nach der Villa Molitor, daß Frau Geh. Medizinalrat Molitor am gleichen Tage noch auf das Postamt kommen solle, unbedingt kommen müsse, da der gesuchte Fälscher der Pariser Depesche gefunden sei. Zwanzig Minuten nachher geht Frau Molitor mit ihrer Tochter Olga nach dem Postamt und wird durch einen gutgezielten Schuß von hinten mitten ins Herz getroffen. Der Täter entkam, ohne daß Olga Molitor ihn bestimmt erkannte. War Hau der Mörder? Erdrückend sind die Verdachtsgründe. Und das Motiv? Hau war ohne Mittel, er hatte seiner Frau Vermögen und einen Betriebsfonds seines amerikanischen Kompagnons bis zum letzten Pfennig aufgebraucht. Seine Schwiegermutter war eine reiche Frau. Dort war etwas zu holen. Wird er verurteilt werden? Schwer wird man an einen anderen Ausgang glauben. Verurteilt hat ihn seine arme, ihn über alles liebende Frau, die freiwillig den Tod im Züricher See suchte, als sie an dem unglücklichen Ausgang der Strafsache nicht mehr zweifeln konnte. Verurteilt hat er sich selbst, indem er dem Gefängnisvorsteher sagte, er könne im Gefängnishofe nicht spazieren gehen, er könne nicht an den Steinen, auf die das Schafott aufgebaut wird, vorübergehen — sein „Fall" werde im Gefängnishof enden. In der Verhandlung sucht er, so gut oder so schlecht er kann, noch zu retten, was zu retten ist. Frühere Geständnisse sucht er mit wenig Glück zu widerrufen. Sein Auftreten ist wenig sympathisch. Seine Verschlossenheit läßt ihn auch dann keine Worte finden, wo er nach menschlichem Gefühl sprechen müßte. Sein Verteidiger hat einen schweren Stand. Man merkt ihm wohl an, daß er innerlich nicht von der Unschuld seines Klienten überzeugt ist.

Militärjustiz. Das Kriegsgericht in Thorn verurteilte den Musketier Schild von der 7. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 176 in Thorn wegen ausdrücklicher Gehorsamsverweigerung zu 2 Monaten Gefängnis. Schild erhielt am 27. Juni d. Js., als die Kompagnie zum Schießen ausrückte, von einem Unteroffizier den Befehl, den Patronenkasten, der etwa 500 Patronen enthielt, tragen zu helfen. Der Angeklagte setzte den Kasten mit den Worten nieder: „Ich trage den Kasten nicht!"

Verurteilte Duellfexe. Wegen Zweikampfes mit geschliffenen Säbeln wurden die ehemaligen Schüler des „Technikums Mittweida" Neizel aus Natal (Südafrika) zu 4 Monaten Festung und Eichholz aus Mühlhausen (Ruhr) zu 3 Monaten und 2 Wochen Festung von der Chemnitzer Strafkammer verurteilt.

Appetitliche Wurst. Das Schöffengericht Frankfurt a. M. verurteilte die Schlachtermeister Heilmann, Kahn und Heser wegen Nahrungsmittelfälschung zu je 10 Mark, den Schlachtermeister Mündler zu 30 Mk. Geldstrafe. Alle vier hatten der Wurst Stärkemehl zugesetzt, der letztere 8 bis 9 Prozent. In der Verhandlung betonte der Obermeister Adolf Jung, der als Sachverständiger gehört wurde, daß ein Zusatz von Stärkemehl erforderlich sei. Die meisten heute mit Kunstfutter aufgezogenen Schweine gäben ein Fleisch, das eines Bindemittels bedürfe, wenn es zu Wurst verarbeitet werde. Der Sachverständige Chemiker Dr. Williche war der Ansicht, daß die Beimischung von Stärkemehl nur den Zweck habe, es zu ermöglichen, daß sich bei dem für Wurst zur Verarbeitung gelangenden Material auch Abfälle befinden können.

Aus Nah und Fern.

Von seinem geisteskranken Vater wurde in der Nacht zum Sonntag der zwanzigjährige Tischlergeselle Hartwich in der Brunnenstraße in Berlin durch 5 tiefe Stiche in den Rücken und den Hals schwer verletzt. Ein Streit aus geringfügiger Ursache war vorausgegangen.

Todessturz im Berliner Dom. Aus Berlin wird berichtet: Im Treppenhause des Dombau-Bureaus, das sich im Vorbau des Domes an der Ostecke neben der Spreeseite befindet, ist Donnerstag mittag der Schutzmann Heinrich Kannenberg tödlich verunglückt. K. hatte die an der Decke befestigten Beleuchtungskörper besichtigt. Als er dann das Treppenhaus wieder betreten hatte, lehnte er sich über das Geländer, um in den Treppenschacht hinunterzublicken. Hierbei verlor der Beamte, der leicht zu Schwindelanfällen neigte, das Gleichgewicht und stürzte kopfüber aus der Höhe der zweiten Etage bis zur Kellersohle hinab. Durch den dumpfen Knall, mit dem der Körper auf die Steinfliesen aufschlug, wurden die Dombeamten in ihren Amtszimmern auf den Unfall aufmerksam und fanden K. mit zerschmettertem Schädel am Boden liegen. Ein herbeigerufener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Der Verunglückte war erst seit einem halben Jahr verheiratet.

Der Helfershelfer des Juwelendiebes Lucette, Horschel, stellte sich gestern der Berliner Kriminalpolizei. Er hatte 500 Mk. bei sich und erklärte, Lucette habe ihn um den Lohn der „Tat" geprellt.

Schwarze Blattern. Aus Braunschweig wird gemeldet: Bei dem früheren Kutscher, jetzigen Fabrikarbeiter Kenne, wurden die schwarzen Blattern festgestellt. Die Behörden trafen alle Vorsichtsmaßregeln, um einer Ausbreitung der Krankheit vorzubeugen.

Noch gut abgegangen. Aus Meißen wird gemeldet: Sonnabend mittag wurde an der Niederwartha-Elbbrücke ein beladener Kohlenkahn infolge starken Windes gegen die Pfeiler der Brücke getrieben, wodurch er leck wurde. Der Kahn sank sofort. Die Besatzung, die aus 5 Personen bestand, konnte sich nur mit Mühe retten.

Duellmord. Der Student der Medizin W. Lipki aus Dessau wurde im Duell erschossen. Sein Gegner war ein Student. Der Streit war entstanden bei einer Festlichkeit.

Festgenommener Autostrolch. In Dresden ist ein amerikanischer Student Simon verhaftet worden, der mit seinem Automobil in rücksichtsloser Fahrt von Berlin kommend bei Luckenwalde eine Frau Schulz überfuhr und tödlich verletzte. Er wollte seine auf dem „Weißen Hirsch" wohnende Mutter besuchen, die für seine Enthaftung vergeblich 50 000 Mk. Kaution anbot.

Verschwunden. Der „Schlesischen Zeitung" zufolge ist eine im Riesengebirge zur Erholung weilende Dame aus Beuthen seit mehreren Tagen spurlos verschwunden. Nachforschungen waren bisher erfolglos. Die Vermißte trug eine größere Summe Geldes in der Tasche.

Risiko der Arbeit. In der Spinnerei von Hampe jun. in Helmstedt verunglückte die Arbeiterin Berlinska dadurch tödlich, daß sie den Fahrstuhl in Gang setzte und von diesem gegen die obere Wand gepreßt wurde. Sie wurde zu Tode gequetscht.

Drei Personen ertranken infolge Strandung eines Reiskahnes im Kurischen Haff.

Fluch der Gesindeordnung. In Elbing ist wieder ein Dienstmädchen als Opfer der Gesindeordnung in den Tod gegangen. Nach Meldungen bürgerlicher Zeitungen fühlte sich das Mädchen im Dienste „unglücklich" und wollte denselben verlassen, wurde jedoch daran verhindert. Das Los der Armen muß unerträglich gewesen sein, denn das Mädchen verließ die Stadt und warf sich auf freiem Felde aus Verzweiflung auf das Gleise eines Güterzuges. Die Leiche war furchtbar verstümmelt. Der Vorfall beweist, wie notwendig es ist, daß die Hausangestellten geschlossen gegen die Gesindeordnung ankämpfen.

Gefaßt. Der Ingenieur Max Frankowiak, der in Köln für 15 000 Mk. Juwelen gestohlen hatte, wurde auf dem Hauptbahnhof in Essen verhaftet.

Der Schwur der Soubrette. Aus Köln wird berichtet: Bei den Zivilgerichten werden häufig eigentümliche Eide normiert und geschworen. So wurde kürzlich bei dem Kölner Landgericht ein Zivilprozeß verhandelt, der die Klage einer Variete-Soubrette gegen ihren Direktor auf Zahlung von vereinbarter Gage zum Gegenstand hatte. Der Direktor bestritt die Rechtmäßigkeit der von ihm geforderten Leistung, weil die Soubrette nicht die vertraglich vorgeschriebenen Couplets gesungen habe. Hierauf wurde von dem Gericht der Soubrette folgender Eid aufgegeben: „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden: es ist wahr, ich habe gesungen den „bunten Schmetterling", das „Autogirl" und „Wir haben den Rummel heraus". So wahr mir Gott helfe."

Explosion. Wie aus München berichtet wird, füllte die siebenjährige Tochter eines Hausbesitzers eine Radfahrlaterne mit Petroleum und zündete sie an. Infolge der Explosion gerieten die Kleider des Mädchens in Brand. Nach kurzer Zeit trat der Tod des Mädchens ein.

Freisinnige Wohnungsfürsorge. Der Stadtmagistrat Nürnberg hat sich endlich infolge der geradezu schändlichen Zustände, die durch die Wohnungsnot heraufbeschworen wurden, veranlaßt gesehen, zu der Frage Stellung zu nehmen. Wie er das tat, das entspricht ganz dem vorsintflutlichen sozialpolitischen Standpunkt, den diese freisinnige Stadtregierung von jeher eingenommen und der ihr bei den Arbeitern den Spottnamen „Sozialpolitisches Kamerun" eingetragen hat. Sie will nämlich die Wohnungsnot durch Vermehrung der Armenwohnungen aus der Welt schaffen. Einige städtische Häuser und die alte Fronveste, die der Staat aufgegeben und an die Stadt übergeben hat, sollen zu Armenwohnungen eingerichtet werden. Die Arbeiter, die durch die von der untätigen Stadtverwaltung mitverschuldete Wohnungsnot obdachlos geworden sind, sollen also mit Gewalt zu Almosenempfängern gestempelt und ihres Wahlrechtes beraubt worden. Zu wirklichen wohnungspolitischen Maßnahmen, wie sie von vielen anderen Städten schon längst in die Wege geleitet wurden, kann man sich nicht entschließen, um die Hausagrarier und Bodenspekulanten nicht in Harnisch zu bringen. Besteht ja nahezu die ganze hehre Körperschaft aus Haus- und Grundbesitzern.

Erschwindelte Wertpapiere. Am 20. Juli wurde in einem Münchener Bankgeschäfte der Betrag von 15 000 Mark in Wertpapieren, bestehend aus 7 Stücken 4prozentiger unverlosbarer Pfandbriefe der Bayerischen Vereinsbank zu je 2000 Mark (Serie 27, lit. a, Nr. 42 202 bis 42 208) und einem solchen zu 1000 Mk. (Serie 27, lit. b, Nr. 111 046) unter Anwendung gefälschter Papiere abgeschwindelt.

Eine neue Form des Boykotts. Zu einem originellen Mittel, um der Vereinsmeierei entgegenzuwirken, hat der Stadtmagistrat Nürnberg gegriffen. Nürnberg ist nämlich eine von denjenigen Städten, wo die Vereinsmeierei am schönsten blüht und eine Unmenge von Vereinen mit den unsinnigsten Namen und unsinnigsten Zwecken existieren. Der Magistrat hat nun beschlossen, alle Vereine mit unflätigen Namen und unsinnigen Zwecken in Zukunft nicht mehr ins städtische Adreßbuch aufzunehmen. Diese neue Art des Boykotts besitzt den Reiz der Originalität.

Die Marseillaise in den Reichslanden. Aus Straßburg schreibt man der „Frankf. Volksstimme": Eine salomonische Entscheidung hat das reichsländische Ministerium in Sachen der Marseillaise getroffen. Es hat verfügt, daß das gefährliche Lied wohl gespielt, nicht aber gesungen werden dürfe. Denn nicht der Ton, sondern der Text mache die Musik. Dabei stützt sich das Ministerium angeblich auf eine Verfügung Napoleons III., der auch nur das Singen, nicht aber das Spielen des Marseiller Liedes verboten habe. Nur schade, daß diese Stütze des reichsländischen Ministeriums eine ziemlich hohle ist. Allerdings hat Napoleon III. bald nach seinem Staatsstreich ein ähnliches Verbot erlassen. Im Jahre 1869 aber, als er merkte, daß sein Thrönlein ins Wanken geriet, ließ er wie auf anderen Gebieten, so auch auf diesem größere Freiheiten eintreten und hob das Verbot wieder auf. Da im Jahre 1869 Elsaß-Lothringen noch französisches Gebiet war, kann also gar nicht die Rede davon sein, daß jene Napoleanische Verfügung heute noch hierzulande zu Recht besteht.

Saarabische Einflüsse. Für sein diesjähriges Sommerfest, so berichtet die „Saarpost", ein Zentrumsblatt, hatte sich der christliche Metallarbeiterverband in St. Johann die Kapelle des Infanterie-Regiments Nr. 69 in Trier engagiert. Drei Tage vor dem Feste schrieb der Kapellmeister, daß er die Genehmigung zum Spielen erhalten habe. Drei Stunden vor Beginn des Festes aber telegraphierte der Kapellmeister: „Kapelle kommt nicht; Abreise soeben verboten." Die „Saarpost" erinnert im Anschluß an diese Mitteilung daran, daß sich im Sommer vorigen Jahres genau der nämliche Vorgang abgespielt hat; auch damals wurde der Kapelle im letzten Augenblick das Spiel verboten. Soviel festgestellt werden konnte, ging in der Nacht vor dem Fest ein militärdienstliches Telegramm aus der Garnison St. Johann nach Trier an das 69. Regiment, das der Kapelle das Spielen verbot. — Man wird kaum fehlgehen, wenn man hinter diesen beiden Vorgängen die Einflüsse der saarabischen Großindustriellen sucht.

Sachverständige Schöffen. Wie die „Königsberger Hartungsche Zeitung" meldet, beabsichtigt der Verband der Berliner Milchhändlervereine bei der Regierung zu petitionieren, daß bei Milchfälschungsprozessen nur ein Landwirt und ein Milchhändler als Schöffen fungieren sollen. — Das genannte Blatt meint, diese Forderung schieße denn doch über das Ziel hinaus. Warum? Der Geldspindknacker Pallisaden-Ede könnte dann allerdings verlangen, nur von schweren Jungen desselben Kalibers abgeurteilt zu werden, und Ehren-Peters hat vollständig recht, wenn er sichs verbittet, daß Leute über ihn zu Gericht sitzen, die im Hängen und Weiberauspeitschen noch keinerlei Befähigungsnachweis erbracht haben.

Aberglaube unter der Herrschaft der Schwarzen. Die Rückständigkeit und der Aberglaube der slovenischen Bevölkerung in Steiermark werden durch folgendes tatsächliches Vorkommnis, welches aus Marburg berichtet wird, illustriert: Im Bezirk Gonobitz in Untersteiermark gab es in der letzten Zeit viele Wolkenbrüche und starke Hagelschläge. Die Bewohner von Kirchstätten, wo der Hagel zweimal großen Schaden anrichtete, glauben nun jenen Menschen entdeckt zu haben, der diese Hagelschläge herbeizauberte: der Lehrer Adamic. Der Pfarrer Ogrisek ist ihm schon seit längerer Zeit auffässig, verfaßte Eingaben gegen ihn an den steirischen Landesausschuß und veranlaßte auch die Bevölkerung, diese Eingaben mit Unterschriften zu versehen. Doch erwiesen sich die Eingaben durchweg als haltlos. Die zweimaligen Hagelschläge werden nun in der ganzen Bevölkerung als ein Racheakt des Lehrers gegen den Pfarrer aufgefaßt. Dieser Aberglaube stützt sich auf folgendes: Im Juli 1903 richtete der Hagel im Orte furchtbare Verheerungen an. Ein altes Weib bemerkte, daß während der vorhergegangenen Nacht der Lehrer bis nach Mitternacht aufblieb und erzählte dann überall: „Wer weiß, ob nicht der Lehrer den Schauer gemacht hat, weil er nachts so lange aufblieb, ein großes Licht brennen hatte und auch in der schwarzen Schule war." Als der Pfarrer, über seine Meinung befragt, die vieldeutige Antwort gab: „Der Lehrer ist zu allem fähig!" schwur alles auf die Zauberkünste des Lehrers. Die jüngsten Hagelschläge haben nun das Maß voll gemacht und laut und öffentlich bezeichnet nun die Bevölkerung den Lehrer als den Hagelmacher. Er darf es nicht wagen sich blicken zu lassen, um nicht vom Volke, das in eine furchtbare Wut versetzt ist, gelyncht zu werden. Viele Bauern wünschen auch, der Lehrer möge nur die Weingärten des Pfarrers verhageln lassen, da sie ja über dessen Drängen die Eingaben unterschrieben hätten. Würden sie aber nicht unterschrieben haben, erwidern andre, dann hätte ihnen wieder der Pfarrer „in der Messe etwas angetan." Daß sich ähnliche Dinge nicht bloß im slovenischen, sondern auch im deutschen Schwarz-Österreich ereignen, ist bekannt. Die klerikale Presse wird natürlich behaupten, daß solche Exzesse des Aberglaubens in gar keinem ursächlichen Zusammenhang mit der pädagogischen Praxis der Kirche stehen. Man ersieht aber aus diesem Falle deutlich, wie sie vom Ortspfarrer nicht bloß geduldet, sondern geradezu protegiert werden. Es ist ja richtig, daß die klerikalen Mächte solche Vorstellungen nicht geradezu erwecken. Ebenso ist es aber richtig, daß das Vorhandensein solchen Aberglaubens ihnen bequem ist und daß zumal die niedere Geistlichkeit nicht den Beruf in sich fühlt, aufklärend zu wirken, wo ihr die Unwissenheit der Bevölkerung die anderen propagandistischen Geschäfte so sehr erleichtert. Da dieses Verhalten der Landgeistlichen — von Ausnahmen abgesehen — nur zu natürlich ist, muß sich als

die Folge des Klerikalismus ein solcher Tiefstand des Denkens einstellen, der bis in das finsterste Heidentum zurückführt, und es zeigt sich in solchen Fällen deutlich, was daran ist, wenn man behauptet, daß man die Religion untergräbt, wenn man den Klerikalen die Macht über Geister und Gemüter entreißen will. Der Klerikalismus ist nicht bloß nicht willenlos, sondern auch direkt unfähig, selbst die ganz primitive und noch von der Kirche approbierte Aufklärungsarbeit zu leisten.

Mannhafte bayerische Eisenbahner. Einmütig ihr Amt niedergelegt haben am Montag vormittag die 11 Arbeiterausschuß-Mitglieder der Kaiserslauterer Eisenbahnwerkstätte. Es handelte sich um eine Lohnpetition, die eingereicht werden sollte, und zu diesem Zwecke dem Ingenieur Hast übergeben wurde. Dieser erklärte: „Wenn wieder einer hereinkommt, schmeiße ich ihn raus." Die Ausschußmitglieder, die eine andere Auffassung von ihren Aufgaben haben, als Herr Hast, der sie offenbar nur als Dekorationsstück betrachtet, legten darauf ihre Ämter nieder. Ob wohl bei der Neuwahl für Herrn Hast etwas „Besseres" herauskommt? Wir glauben kaum.

In Ausübung seines Berufs ertrunken. Wie die „Ostd. Rdsch." meldet, ist der Fischereipächter König aus Neudörfel bei Bomst beim Legen von Reusen im Gastsee aus dem Kahn gestürzt und ertrunken. Die Leiche ist bereits geborgen worden.

Ein anständiger Arbeiter will mit den Gelben nichts zu tun haben. In einem Augsburger Industriewerk wurde dieser Tage die Entdeckung gemacht, daß die Gelben stahlen wie die Raben. Der Unternehmer warf die vordem als edel und Gut Gepriesenen hinaus und machte dem Staatsanwalt Anzeige. Zu gleicher Zeit hat auch ein Vorstandsmitglied der Gelben, das unter einem gewissen Druck deren Mitglied wurde, seinen Austritt aus dem gelben Verein erklärt. Als ihm dieserhalb die Entlassung angedroht wurde, ging er freiwillig mit der Begründung, mit einer solchen Gesellschaft fernerhin nichts mehr gemein haben zu wollen; lieber wolle er als Arbeitsloser hungern. — Über ein weiteres Heldenstück eines Gelben berichtet die „Schwäbische Volksztg.". Dieser hat an eine Unternehmerswitwe folgenden Brief geschrieben: „Wohl Frau Wielandt! Jagen Sie doch den Spengler D . . . . . gleich wieder davon, der Sosi Er untergräb Ihnen die ganze Werkstatt Enn Lump in Vollio. fragen Sie nur da wo er gelehrnnt hatt. in aller Hochachtung Josef Neubert, Spenglergehülfe."

Eine Junggesellensteuer. Fast alle europäischen Staaten weisen einen Überschuß an Frauen auf, der nun schon eine Reihe von Leuten angeregt hat, ein Mittel zu finden, um dem Sitzenbleiben so vieler Mädchen ein Ende zu bereiten. Als die geeignetste Methode, diese unter die Haube zu bringen, wurde die Besteuerung der Junggesellen angesehen. Aber all die vielen Vorschläge, die bisher in Europa in dieser Sache gemacht wurden, fanden kein Glück vor den Augen der Gesetzgeber. Nicht anders erging es solchen Vorschlägen in Nordamerika, weil alle vorgeschlagenen Besteuerungsmethoden zu wenig erfolgverheißend schienen. Aber in Südamerika hat man jetzt damit den Anfang gemacht. In Argentinien muß nun jeder über 20 Jahre alte Bürger, falls er unverheiratet ist, im Jahre etwa 24 Kronen mehr an Steuern zahlen als ein Verheirateter. Nur wenn er nachweist, daß er wenigstens drei Heiratsanträge im Jahre machte, wird er von dieser Zuschlagssteuer befreit. Mit zunehmendem Alter steigt diese Junggesellensteuer. Sie beträgt zwischen 30 und 35 Jahren etwa 48 Kronen, zwischen 35 und 50 Jahren 96 Kronen und von 50 bis 75 Jahren 120 Kronen jährlich. Greise, die das Höchstalter erreicht haben, zahlen dann eine niedrigere Steuer. Heiratet ein Witwer nicht nach drei Jahren von neuem, dann hat er auch die vorerwähnten Steuersätze zu zahlen, die aber kaum einen Rechner zum Heiraten veranlassen werden. Erst mit der Änderung der heutigen Gesellschaftsordnung wird es mit der Ehelosigkeit der Junggesellen anders werden, weil heute vielen die wirtschaftlichen Verhältnisse das Heiraten unmöglich machen.

Gegen den Automobilunfug wendet sich auch die „Kölnische Volkszeitung". Wir entnehmen ihr folgendes: „Das rücksichtslose rasche Fahren und die damit verbundene gesundheitswidrige Staubaufwirbelung der Automobile wird durch die fortwährend wachsende Zahl derselben zu einer unerträglichen Plage für die an der Landstraße gelegenen rheinischen Ortschaften, die zumeist wegen der sonst so gerühmten schönen und frischen Rheinluft sich zu Luft- und Kurorten oder doch Sommerfrischen ausgebildet haben. Kein Wunder, wenn dieser so rücksichtslos betriebene Automobilverkehr einen Niedergang des Fremdenverkehrs in unseren Rheinorten herbeiführt und die Fremden sowie besonders unsere erholungsbedürftigen Gäste mehr und mehr in die kleineren Gebirgsorte zurückdrängt. Man fragt sich, wie diese ohne Rücksicht auf die Anwohner sowohl wie auf das promenierende Publikum sportmäßig betriebene Staubentwicklung, verbunden mit einem luftverderbenden Gestank und einem ebenso unerträglichen Geräusch, zu den sonstigen mit großer Strenge durchgeführten sanitären Einrichtungen paßt. Noch kürzlich machte ein Professor der Medizin im Bonner Stadtrat auf die höchst nachteiligen Folgen der Einatmung des Chausseestaubes auf die menschliche Gesundheit aufmerksam. Die Polizeibehörden sollten daher mit aller Strenge gegen das rücksichtslose schnelle Fahren der Automobile vorgehen, wie dies auch neuerdings am Oberrhein im Großherzogtum Hessen angeordnet worden ist." — Würden die Polizeibehörden sehen, wo sie sehen sollten, so wäre dem gemeinschädlichen Treiben des Automobs längst ein Ende bereitet. Man fürchtet sich eben, gegen den Automob energisch vorzugehen, um nicht in hohen Stellen unliebsam anzustoßen. Würde sich die Arbeiterschaft des Automobilsports bemächtigen, dann wären sehr schnell alle möglichen Verbote zur Stelle.

Weibliche Polizeibeamte in Bayern. Das bayerische Staatsministerium hat versuchsweise für München die Anstellung einer Polizei-Assistentin genehmigt, die die Aufgabe der Fürsorge für sittlich gefährdete und verwahrloste Frauen und Kinder im Geschäftsbereich der Polizeidirektion hat.

Vom Simplontunnel. Der Verwaltungsrat der schweizerischen Bundesbahnen beschloß die Herstellung eines zweiten Simplontunnels, der als Parallelstollen zu dem bereits bestehenden Tunnel angelegt werden soll.

Skandalaffäre in einem frommen Kinderasyl. Aus Mailand wird berichtet: In einem von Nonnen geleiteten hiesigen Kinderasyl wurden von den mit der Aufsicht betrauten Persönlichkeiten scheußliche Verbrechen an den Kindern verübt. Nach der „Voss. Ztg." sind mehrere Kinder an einer scheußlichen Krankheit erkrankt. Die Vorsteherin und mehrere Angestellte sind flüchtig. Die Vizevorsteherin wurde verhaftet. Gegen mehrere Personen sind Haftbefehle erlassen worden. Wie der Erzbischof feststellte, legten sich die Nonnen fälschlich Titel und Gewand von Ordensschwestern bei. — Unter dem Verdacht, sich an Kindern vergangen zu haben, wurde in Turin ein angeblicher Priester verhaftet.

Verzweiflungstat. In Vagheria bei Palermo verwundete ein entlassener Küster durch Revolverschüsse den Pfarrer und Vikar lebensgefährlich, stürzte sich dann vom Glockenturm in die Tiefe und war auf der Stelle tot.

Vom Offizier zum Bahnarbeiter. In Mailand wurde kürzlich beim Diebstahl eines Käses ein Eisenbahnarbeiter verhaftet. Bei der Vernehmung stellte es sich heraus, daß der jetzt 35jährige Mann ein früherer aktiver Offizier der italienischen Armee namens Arnaldo Seja war. Vor einigen Jahren verliebte er sich bei einer Reise in der Schweiz in ein junges Mädchen namens Ada. Da sowohl seine wie ihre Vermögensverhältnisse eine Heirat nicht zuließen, nahm der sehr befähigte Offizier seinen Abschied, um sich seinen Lebensunterhalt in anderer Weise zu verdienen. Der Traum der beiden nahm aber infolge der Beschäftigungslosigkeit Sejas ein rasches und trauriges Ende und die kleine Familie hatte mit der größten Not zu kämpfen. Da entschloß sich Seja, mit Frau und Kind nach Mailand überzusiedeln, um sich hier in der Großstadt die nötigen Existenzmittel zu erwerben. Aber diese Hoffnung erwies sich ebenfalls als trügerisch, und die Familie schmachtete im größten Elend. Die junge Frau beschloß daher, wieder zu ihren Eltern zurückzukehren und der frühere Offizier fand schließlich eine Anstellung als Bahnarbeiter.

Nebenverdienst mittels Strickmaschine. In Konstanz wurde dieser Tage ein in der Tägermoosstraße wohnender Kaufmann wegen Betrugs festgenommen. Die „Konst. Ztg." schreibt dazu: Seit ungefähr Jahresfrist konnte man in dem Inseratenteil vieler süddeutscher Blätter eine Anzeige des Inhalts lesen, daß es Frauen und Mädchen auf leichte Weise möglich wäre, sich durch Übernahme einer rasch zu erlernenden Heimarbeit einen Nebenverdienst von 3—4 Mark täglich zu erwerben. Die Interessenten wurden gebeten, Anfragen an die „Süddeutsche Industrie zur Förderung von Hausarbeit" zu richten, die ihren Sitz in Konstanz und Mannheim habe. Meistens nahmen weniger bemittelte Personen, denen es um einen Nebenerwerb zu tun war, Veranlassung, auf die Anzeigen der erwähnten Art zu reagieren und die „Süddeutsche Industrie zur Förderung von Hausarbeit" um nähere Mitteilungen zu bitten. Sie erhielten dann einen Prospekt, in welchem ihnen der Ankauf einer Strickmaschine aufs wärmste empfohlen wurde mit dem Hinweise, daß das Stricken sofort erlernt und die Firma bereit sei, so lange sie bestehe, für genügende Beschäftigung zu sorgen. Die Maschinen, die 180 bis 200 Mark kosteten, wurden nur gegen Nachnahme verkauft. Mit der Beschäftigung und dem Verdienst, der den Abnehmern von Maschinen in Aussicht gestellt worden war, ist es nun allem Anschein nach nicht weit her, denn neuerdings nahm sich die Staatsanwaltschaft der Sache an und ließ letzten Dienstag der Firma, einen Herrn Heinrich Wolf in Konstanz, unter der Anklage des Betrugs verhaften, sowie die Bücher beschlagnahmen.

Ein eigenartiges Schiffsunglück hat sich im Bellsund an der Westküste von Spitzbergen ereignet. Dort kreuzte das Schiff „Baerge" aus Sandefjord, um Wale zu fangen, als plötzlich ein riesiger Walfisch das Schiff rammte und es in den Grund bohrte. Die Besatzung konnte durch einen anderen in der Nähe sich aufhaltenden Walfischfänger gerettet werden.

Eingestürztes Geschäftshaus. In London, Ontario, stürzte ein Geschäftshaus ein. Sieben Personen kamen dabei ums Leben, zehn wurden so schwer verletzt, daß sie in das Hospital übergeführt werden mußten.

Hitzschlag. Zehn große Krankenhäuser in Philadelphia sind von Kranken angefüllt, die vom Hitzschlag getroffen wurden. Außerdem werden viele Erkrankte in ihren Wohnungen behandelt. Freitag wurden fünf Todesfälle und 50 hoffnungslose Fälle gemeldet.

Verunglückter Versuch. Bei dem Versuch, eine Brücke über den Fluß Sambre zu schlagen, stürzten nach einer Meldung aus Maubeuge sieben Soldaten des 145. Infanterie-Regiments ins Wasser. Drei ertranken.

Ein amerikanischer Gaunerstreich. Man schreibt der „Frkf. Ztg." aus Newyork: Für die Geschicklichkeit der hiesigen Gaunerzunft möge der folgende Streich aus einem Polizeibericht der letzten Tage als Beweis angeführt werden: Ein Bankier aus Marietta (Ohio) machte im Foyer eines der größten Hotels die Bekanntschaft eines elegant gekleideten Herrn. Der Fremde wußte den Bankier so für sich einzunehmen, daß er sich nach den üblichen „Drinks" als der Kroupier einer Spielhölle vorstellen konnte, der, wie er erklärte, gegen den Besitzer dieses Etablissements einen tiefen Groll hege. Um nun mit dem Spielhalter quitt zu werden für allerlei ihm angetane Unbill, brauchte der Kroupier einen Verbündeten, den er beim Faro immer gewinnen lassen wollte, worauf beide halbpart machen sollten. Dem Finanzmann aus Ohio leuchtete der Plan ein und er kam abends in den Tempel der unbeständigen Göttin, wo er seinen neuen Freund schon beim Kartengeben fand. Der Bankier nahm in einer Reihe anderer Spieler Platz und das Glück war ihm augenscheinlich hold, denn die „Chips" häuften sich vor ihm nur so an. Plötzlich aber trat eine Wendung ein und zwar gerade, als der Bankier größere Summen setzte. Binnen wenigen Minuten hatte der Mann aus Ohio 50 000 Dollars verloren, seine ganze Barschaft. Wutentbrannt eilte er hinaus, um die Polizei zu benachrichtigen. Draußen stand plötzlich der Kroupier neben ihm. Der Bankier überschüttete ihn mit Vorwürfen, sah sich aber in wenigen Minuten durch die plausiblen Erklärungen des Kroupiers ganz entwaffnet. Dieser entwickelte sogar eine solche Überredungsgabe, daß er den Bankier veranlaßte, in seine Heimat zurückzukehren und noch mehr Geld herbeizuschaffen. Der Finanzmann brachte in kurzer Zeit weitere 25 000 Dollars, die den 50 000 Dollars folgten. Als beinahe der letzte Dollar auf dem Tische war, wurde plötzlich die „Spielhölle" ganz leer und der Bankier sah sich „allein auf weiter Flur". „Die Polizei sucht die Gauner," heißt es in dem Bericht.

150 Personen ertrunken. Nach in San Francisco eingetroffenen Nachrichten sind der Passagierdampfer „Columbia" und der Dampfer „San Pedro" bei Sheltercove an der kalifornischen Küste zusammengestoßen. Die „Columbia" sank. 150 Personen ertranken, 80 sind gerettet worden. Der Zusammenstoß erfolgte nachts bei dichtem Nebel. „San Pedro", der mit Holz beladen war, spaltete die „Columbia", die innerhalb einer Viertelstunde sank. Einer der geretteten Passagiere gibt an, daß zu den Ertrunkenen die Frauen gehörten, die sich an Bord der „Columbia" befunden hatten. Der Dampfer „Roanko" ist mit einer Anzahl Geretteter vom Dampfer „Columbia" und zahlreichen Leichen von den bei dem Unglück Umgekommen in San Francisco eingetroffen. Wie man jetzt erfährt, gelang es nur, ein einziges der hinteren Rettungsboote der „Columbia" zu Wasser zu bringen, bevor das Schiff sank.

Explosion in einem japanischen Bergwerk. Aus Tokio wird gemeldet: Am 20. Juli fand in dem Kohlenbergwerk Toyo-oka (Provinz Hyogo) eine Explosion statt. Einem amtlichen Bericht zufolge befinden sich **471 Bergleute** in dem Bergwerk. Man befürchtet, daß die meisten von ihnen umgekommen sind.

Heldentat eines Tauchers. Ein Beispiel großen Wagemutes und kameradschaftlicher Treue hat jüngst, wie aus London berichtet wird, ein englischer Taucher gegeben. Der Taucher Walther Trapnell war im Englischen Kanal in der Nähe von Torbey vom Kanonenboot „Spanker" in die Tiefe gestiegen, um Hebungsarbeiten an dem gesunkenen Wrack des Torpedobootes „Nr. 99" vorzunehmen. Als Trapnell mehr als zwanzig Minuten schon in der Tiefe weilte, ohne das Zeichen zum Aufziehen zu geben, wurde man besorgt. Da erbot sich sofort ein alter Kamerad Trapnells, Leverett, in die Tiefe zu steigen, um ihn zu retten. Trapnell war in einer Tiefe von 25 Faden im Takelwerk und unter den Trümmern des Wracks so festgehalten, daß er hilflos dalag, ohne sich befreien zu können. Langsam und schwer arbeitete sich Leverett, wie er erzählt, zu seinem Kameraden hin, bis er ihn schließlich mit der Hand berühren konnte. Trapnell antwortete mit einem Händedruck. Der Luftschlauch Trapnells hatte sich in dem Takelwerk des Torpedos verschlungen, sodaß er sich nicht einmal aufrichten konnte. Mit aller Kraft arbeitete Leverett nun an der Rettung des Kameraden, den er nicht im Stiche lassen wollte. So mühte er sich stundenlang ab. Das Blut rann ihm aus der Nase, und er war selbst schon so erschöpft, daß er Trapnell fast aufgeben mußte. Doch noch einmal raffte er sich zusammen und kehrte zu ihm zurück, um den Kampf in der Untiefe aufzunehmen. Und er brachte das Wunderwerk fertig — er machte Trapnell frei. Drei Minuten, nachdem er mit Trapnell an die Oberfläche gezogen worden war, sank er bewußtlos zusammen. Aber als er im Spital erwachte, hörte er, daß Trapnell, den man zu erhalten gehofft hatte, bald, nachdem Weib und Kind von seiner Seite gewichen waren, gestorben sei.

Standesamtliche Nachrichten

vom 14. bis 20. Juli 1907.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

7. Juli. Kutscher C. J. H. Fahrenkrug. 8. Arbeiter J. J. H. Karsten. 9. Arbeiter Michael Enzys. Eisenbahn-Wagennotierer A. W. Riewe (Zwillinge). Arbeiter J. J. H. Burmester. 10. Arbeiter A. F. J. Zahrnd. Buchbinder A. L. H. Hagenström. 11. Arbeiter J. H. A. Lewitz. Schmied M. P. Wendt. Heizer A. Chr. Grimm. 12. Kaufmann C. B. J. Jacobsen. 13. Lokomotivheizer H. F. W. Meyer. Schornsteinfeger O. C. E. Schnoor (Schwartau). 14. Arbeiter H. J. F. Lege. Heizer W. F. F. Köhncke. 15. Arbeiter C. F. G. Schütt. Tabakspinner J. H. Chr. Meyer. Tischler K. H. Hahne. 16. Straßenreiniger J. L. C. Th. Risch. 17. Handlungsgehilfe L. J. H. Baars. Schänkwirt J. H. F. Geerds. Brauer K. E. G. L. Firnkorn. 19. Arbeiter C. Rettinger.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

8. Juli. Arbeiter A. H. F. Svensson. 9. Briefträger G. K. F. Zierow. 12. Apotheker O. B. Tolkmitt. 13. Arbeiter Chr. G. M. Kellberg. Arbeiter F. J. W. Ketelhohn. 14. Revisionsaufseher M. A. F. W. Janzen. Metalldreher P. H. Chr. Gieseler. Kaufmann C. F. M. P. Kohrs. Schuhmacher C. H. F. Rehder. 15. Arbeiter H. Matern. Bäcker K. L. G. Böttger. 16. Schutzmann G. J. H. Plath. Schlachtermeister W. Chr. C. Kröger. Pensionsberechtigter Hilfsarbeiter bei der Oberschulbehörde M. H. F. Bolling. 18. Arbeiter H. Chr. A. A. Bollmeyer. Fraisermeister C. Chr. Rüdiger. Schlachter H. W. Chr. Spangenberg.

Angeordnete Aufgebote.

15. Juli. Maurer Joh. C. W. Wöbs und F. A. M. Boyens in Husum. Rechtsanwalt C. W. K. Kaute in Lissa und Charl. Alb. E. Pülschen. Arbeiter A. H. F. Runge und C. E. D. Schmidt. 16. Kaufmann H. K. A. Goebler und H. B. L. Dedicke in Hamburg. Werkmeister F. F. J. Claasen in Siems und A. M. A. Chr. Wöst. Handlungsgehilfe E. W. H. Knüppel in Fackenburg und M. M. Chr. Schomaker. Kaufmann H. F. Behrenbeck und A. A. Jungk. Mitglied der Königlichen Kapelle A. J. Th. Zenker in Dresden und A. D. E. P. Dettmann. 17. Arbeiter H. Joh. J. Parbs und D. C. M. Weber in Rehna. Landwirt Joh. J. W. Rosenthal in Dronkau und A. M. J. Pülschen. 18. Schlosser C. A. O. Münchow und A. H. E. Petersen. Eisenbahn-Wagenschieber F. F. C. Gramm und C. C. L. Wesemann. Eisendreher R. A. Beyer und A. M. Joh. A. F. S. Priess. Arbeiter H. H. F. Wöhl und C. M. Dierk in Klocksdorf. 19. Schmied R. H. H. Wegner und E. E. D. Wendtland. Schneider R. E. F. C. F. Schröder und A. J. E. F. Heise. 20. Ober-Ingenieur W. W. Joh. H. Kühn in Frankfurt a. M. und E. G. P. Marzahl. Musiklehrer O. G. A. Hardt und Joh. M. J. Fick. Ober-Apotheker F. R. Priem und M. C. Schroeter in Vietz. Glaser F. K. Th. Dittmann in Elmschenhagen und B. S. M. Knack in Kiel.

Eheschließungen.

15. Juli. Krankenwärter P. H. F. C. Hansen und M. A. C. Oltmann. Eisenbahn-Wagenschieber A. F. Behrens und L. M. D. Jenssen. 16. Hilfszollaufseher R. M. J. Trost und M. A. M. Hannemann in Sandesneben. 17. Schreiber F. W. Trietzel und M. Dembski. 19. Maler R. M. A. Grahnert und M. J. P. Korne in Botelsdorf. Tapezier und Dekorateur L. Jürgens und E. F. D. Ch. Wegner. 20. Tischler A. F. W. Potenberg und K. E. L. Schulz. Buchbinder W. E. L. H. Korff in Schlutup und H. Ch. M. Edler in Krempelsdorf. Zimmermann W. J. F. Fraederich und A. C. M. M. Planthaber. Arbeiter W. H. F. Pauls und L. A. D. S. Lüdemann. Arbeiter H. Schieweg und Witwe J. C. E. Tilwing geb. Dahmke. Arbeiter A. J. Ch. Philipp und A. M. E. Pusback. Arbeiter W. A. Jungmann und M. A. E. H. Albrecht. Brauer M. Biendl und B. A. Fahrenkrog. Schlachter A. K. Krannelstorf und Witwe E. F. A. E. Gock geb. Kressin.

Sterbefälle.

13. Juli. S. C. H. Hildebrandt, 19 J. Kommis C. H. E. Schacht, 18 J. 14. E. Warschko, 11 M. 15. Bureauvorsteher a. D. C. H. Lempke, 62 J. A. C. geb. Meienburg, Witwe des Schlachtermeisters J. H. G. Utermark, 86 J. W. D. W. Molge, 16 T. E. L. A. Pedersdotter, 16 T. E. W. J. geb. Zabel, Ehefrau des Eisenbahnbremsers H. H. A. Bandhold, 33 J. Arbeiter J. H. A. Behncke, 54 J. 16. Ein totgeb. Mädchen, V.: Bote H. H. C. Kröger. Früherer Arbeiter J. J. H. Sandherr, 72 J. A. F. E. O. Martens, 1½ M. Schmiedegehilfe P. A. Th. Schmalfeld, 24 J. 17. H. O. H. Grimm, 6. T. Schriftsetzer F. Th. H. Gressmann, 66 J. Ein Knabe, 4 Stunden, V.: Handlungsgehilfe L. J. H. Baars. Privatier J. H. Moll, 78 J. F. H. W. Dähn, 3 J. Schneider C. M. L. Engelbrecht, 38 J. Ein totgeb. Mädchen, V.: Schneider P. A. M. Fehlberg. E. C. M. geb. Vagt, Witwe des Weinschröters H. Ch. Derlien, 78 J. M. D. Carstens, 70 J. (Vorwerk). 18. Privatmann C. J. F. M. Peters, 60 J. K. E. Günther, 4 J. Korbmacher G. E. J. H. Wagner, 57 J. 19. Malermeister A. D. H. F. Stubbendorf, 83 J. R. Kölzow, 1 M. Arbeiter R. Franke, 60 J. 20. M. H. E. geb. Sievers, verw. Wunderlich, Ehefrau des Boten der Handelskammer W. J. M. Bödcher, 60 J. W. J. H. Höppner, 17 T.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.